

Arbeits-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 19

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 3, 5246.

Hamburg, den 9. Mai 1914

Anzeigen kosten die fünfspaltige Normalzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Rechtskampf und Moral.

II.

Die Art und Weise, wie ein Mensch oder eine Gruppe ihr Recht verteidigt, wirkt auf ihren Charakter ein ganz bestimmendes Licht. Leider begegnen wir nur allzu häufig Menschen, die ein mangelhaftes Rechtsgefühl haben und deshalb jedem ernstlichen Kampfe ausweichen. Auch unter den Proletariern gibt es leider allzu viele Leute dieses Schlages. Wie mancher Mensch steht über eine ungerechte Behandlung hinweg oder läßt sich gar ein offenes Unrecht schweigend gefallen, weil er es mit seinen Vorgesetzten nicht verderben will, wie mancher tut, als ob er nicht gesehen habe, wenn seinem Mitmenschen ein Unrecht zugefügt wird, weil er selbst nicht davon getroffen worden ist. Er duckt sich wie ein seliger Hund, der höchstens knurrt, wenn er getreten wird. Ein solches Verhalten ist eines anständigen Menschen unwürdig, und besonders von einem Klassenbewußten Proletarier muß man erwarten, daß er sich zur Nichtschür nur seines Handelns den Grundsatz macht: „Du sollst kein Unrecht tun, und du sollst aber auch kein Unrecht leiden!“ Es ist eine wichtige, unabwiesbare Aufgabe proletarischer Erziehungsarbeit, die Arbeiter und Arbeiterinnen dahin zu bringen, diesem Grundsatz gemäß zu handeln.

Ein Mensch mit einem entwickelten Rechtsgefühl empfindet eine jede Rechtsverletzung, mag sie gegen ihn selbst oder gegen einen andern gerichtet sein, als einen Schmerz, der seinen moralischen Organismus ebenso durchzuckt wie ein Messerstich den physischen Organismus. Manchmal ist ein solcher Schmerz noch viel heftiger und stärker als ein körperlicher Schmerz; er vermag einen Menschen in eine sinnlose Wut zu versetzen und ihn bis zur Raserei zu treiben. Wer diesen Schmerz noch nicht empfunden hat, der weiß überhaupt nicht, was Recht und was Unrecht ist, er hat auch keine Ahnung davon, welche starke moralische Wirkungen das Rechtsgefühl auszuüben vermag. Normal entwickelte Menschen mit gesundem Gefühl haben eine instinktive Abneigung, manchmal sogar einen physischen Ekel gegen ungerechte Menschen und ungerechte Handlungen. Dagegen gibt es auch Menschen, die eine wahre Rhinodermatitis besitzen und deshalb auch die schlimmsten Rechtsverletzungen ruhig hinnehmen. Die ersten, unter denen man sogar richtige Rechtsfanatiker findet, sind die Kämpfer fürs Recht, die sich selbst kein Unrecht gefallen lassen und sich auch gegebenenfalls für ihre Mitmenschen ins Zeug legen. Sie werden manchmal sogar die Opfer ihres Gerechtigkeitsfinnes, man könnte sie auch die Märtyrer des Rechtskampfes nennen.

Offenbar ist der Kampf ums Recht nicht eine Sache, zu der man nach Belieben Stellung nehmen kann, sondern er ist eine moralische Pflicht, der sich niemand ohne dringenden Grund entziehen darf. Ein Mensch, der auf die Verteidigung seines Rechts freiwillig verzichtet, fügt dadurch nicht nur sich selbst, und manchmal auch andern, einen materiellen Schaden zu, sondern er entwürdigt sich dadurch selbst und degradiert sich zu einem Menschen zweiter Klasse. Er hängt sich selbst einen moralischen Makel an und darf sich deshalb nicht wundern, wenn er von andern Menschen mit Verachtung angeblickt wird. Denn wer könnte wohl Achtung haben vor einem Feigling, der sich aufs Bitten und Betteln verlegt, anstatt sein Recht zu fordern? Gerade so verhält es sich auch mit einer Gruppe von Menschen, die aus Furcht vor dem Kampfe und aus Scheu vor Opfern vor dem Rechtskampfe zurückweicht. Das zeigt sich deutlich bei der Beurteilung der verschiedenen Strömungen in den proletarischen Schichten der Gegenwart. Die Liebhaber der Scharfmacher, die gelben oder nationalgefeierten Arbeiter, tun sich etwas zugute auf ihre „wirtschaftsfriedliche“ Gesinnung. Sie verwerfen die Kampfaktik und buhlen um die Gunst ihrer Arbeitgeber, denen sie die Hand küssen. Dieses ekelhafte Gebaren erregt in einem jeden

aufrechten Menschen Abscheu und Widerwillen. Die christlichen und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften verwerfen allerdings den Kampf nicht grundsätzlich, aber sie sind noch zu sehr vom Harmoniebusel angesteckt, als daß sie offen und frei erklären sollten, daß nur auf dem Wege des Kampfes etwas zu erreichen ist. Allen diesen mehr oder minder kampfscheuen Elementen gegenüber betonen die modernen Gewerkschaften, daß sie Kampforganisationen sind, und mit berechtigtem Stolz weisen sie darauf hin, daß sie alle ihre Erfolge dem Unternehmertum in harten Kämpfen und unter großen Opfern abgerungen haben. Welche moralischen Eroberungen sie dadurch unter der Arbeiterschaft gemacht haben, beweist ein Vergleich ihrer Mitgliederzahlen mit denen der andern Similigerwerkschaften.

Vom moralischen Gesichtspunkte aus ist aber der Kampf ums Recht nicht nur eine Pflicht des Einzelmenschen oder der Gruppe gegen sich selbst, sondern er ist auch eine Pflicht gegen die Gesamtheit. Durch eine Rechtsverletzung wird nicht nur der einzelne getroffen, sondern auch die Allgemeinheit leidet darunter. Gerade wie durch einen Schmerz, den ein einzelnes Glied verspürt, der ganze menschliche Körper in Mitleidenschaft gezogen wird, so erschüttert jede Rechtsverletzung, die nicht zurückgewiesen wird, den gesamten gesellschaftlichen Organismus. Die Möglichkeit des menschlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens beruht ja auf dem Recht und auf der Achtung vor dem Recht, was in dem alten Satze, daß die Gerechtigkeit das Fundament des Staates ist, ausgedrückt wird. Wird diese Grundlage hinweggezogen, so muß ein Gemeinwesen in sich selbst zusammenbrechen. Wohin würden wir auch wohl kommen, wenn das Recht nicht mehr waltete, sondern nur das Faustrecht und die rohe Gewalt! Hieraus ergibt sich mit Folgerichtigkeit die Tatsache, daß die Frage, wie sich ein Mensch zu seinem Rechte stellt, eine Frage der Allgemeinheit ist, die über den Rahmen einer persönlichen Angelegenheit hinauswächst und ins Gebiet der sozialen Moral schlägt. Wer für seine eigenen Rechte eintritt, der verteidigt damit zugleich die Rechtsidee, und wer sich gegen eine Beugung seines eigenen Rechts auflehnt, der wird dadurch zu einem Häter und Schützer des Rechts überhaupt. Darum erscheinen uns alle jene Menschen im Glanze des Helmbentums, die sich zur Wehr gesetzt haben gegen das Unrecht, das Staat oder Gesellschaft oder einzelne Menschen ihnen zufügten. Aber wie erbärmlich stehen jene Feiglinge da, die sich ducken, wenn man ihr Recht antastet, oder die höchstens die Faust im Sack ballen. Mit Bewunderung blicken wir auf die starken Völker der Vergangenheit, die stolz und trotzig auf ihr Recht pochten und selbst den Tod nicht scheuten, wenn es ihr gutes Recht galt.

Da der Rechtskampf ein moralischer Faktor ist, und da ein jeder Justizmord dem Rechtsgefühl einen Stoß versetzt, so haben wir alle ein lebhaftes Interesse daran, daß das Recht in jedem Falle siegt. Besonders das moderne Proletariat, das das seit Jahrtausenden bestehende Unrecht mit eisernem Wesen auslegen will, muß seine Aufgabe darin erblicken, dem Rechte zum Siege zu verhelfen. Zum Glück ist in proletarischen Kreisen das Rechtsempfinden in einer erfreulichen Zunahme begriffen. Zugleich damit wächst auch die Einsicht in das Wesen des Rechts und es wächst auch der feste Wille zum Recht. Man beobachtet nur die sittliche Entrüstung, die wie ein reinigendes Gewitter die Volksmassen durchbraust, wenn irgendwo ein auffälliger Rechtsbruch begangen worden ist, und man beobachtet auch die große moralische Kraft, die sich in dieser Entrüstung entladet. Aber es muß in dieser Beziehung noch besser werden. Auch der letzte Proletarier und die letzte Proletarierin müssen erkennen, daß sie die moralische

Verpflichtung haben, in dem Kampfe ums Recht, der die heutige Welt durchstößt, Stellung zu nehmen und Partei zu ergreifen für das Recht und gegen das Unrecht.

Aus den Tarifämtern.

Zur Frage der allgemeinen Lohnerhöhung fällt das Ortsarbitrium in Stuttgart einen Entscheid, der, so selbstverständlich er auch ist, den Führern des Arbeitgeberverbandes nicht gefallen wird. Diese hatten es sich so hübsch gedacht. Erst diskutierten sie bei den zentralen Tarifverhandlungen die Unparteilichen mit der Erklärung, die ahnungslosen Malermeister draußen im Lande dürften es nicht so deutlich gesagt bekommen, daß sie alle Löhne zu erhöhen haben. Als diese aber nicht parierten, waren die Unparteilichen gezwungen, klipp und klar zu sagen, daß mit ihrem verkaufte Schiedssprüche im Einverständnis mit den Arbeitgeberführern eine allgemeine Lohnerhöhung gemeint sei. Als auch das noch nicht zog, sahen sich die Unparteilichen am 4. November 1913 zu der Erklärung gezwungen, daß einer Ablehnung der allgemeinen Lohnerhöhung mit Erfolg der Einwand entgegengesetzt werden kann, daß sie dem Geiste der protokollarischen Erklärung widerspricht.

Diese beiden Erklärungen verschiebig die Arbeitgeberpresse fast vollständig oder sie forderte trotzdem zur Nichtzahlung heraus. Unsere Kollegen machten es sich an den einzelnen Orten zur Aufgabe, dieses unfaire Verhalten vor den bisher ganz verkehrten informierten Meistern zu deren nicht geringem Erschrecken festzustellen.

In Stuttgart aber war das Ortsarbitrium gezwungen, weil wegen des tarifwidrigen Verhaltens der Arbeitgeber Differenzen entstanden, sich mit der Frage der allgemeinen Lohnerhöhung auf Betreiben der sich zu Unrecht bedroht fühlenden Arbeitgeber zu beschäftigen, denen die „Süddeutsche“ in ihrer Einfall attestierte, daß an ihnen „niedriger Terrorismus“ und Tarifbruch“ verübt würde. Der Entscheid des Ortsarbitriums Stuttgart jedoch verperrt den Unternehmern noch einmal besonders das Loch, durch das sie so vielfach gekrochen sind und leider auch jetzt noch kriechen werden, wenn unsere Kollegen nicht dauernd auf dem Posten sind. Wir lassen hier den Entscheid folgen:

Der Schiedsspruch des Haupttarifamts für das deutsche Malergewerbe vom 4. November 1913, nachdem einer Ablehnung der Lohnerhöhung mit Erfolg der Einwand entgegengesetzt werden kann, daß sie dem Geiste der protokollarischen Erklärungen widerspricht, ist auch für das Tarifgebiet Groß-Stuttgart maßgebend, und die Arbeitgeber dieses Tarifgebietes haben der in diesem Schiedsspruch liegenden Anerkennung der grundsätzlichen Festsetzung einer allgemeinen Lohnerhöhung durch den Reichstarif von 1913 Rechnung zu tragen.

Gründe:

Der Schiedsspruch des Haupttarifamts für das deutsche Malergewerbe vom 4. November 1913, auf den zu verweisen ist, enthält eine Entscheidung der auch hier aufgeworfenen strittigen Frage, ob durch den Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe von 1913 eine allgemeine Lohnerhöhung festgesetzt worden ist für alle Gebiete, in denen der Reichstarifvertrag Geltung hat, er ist daher auch für das Tarifgebiet Groß-Stuttgart maßgebend und die Arbeitgeber dieses Tarifgebietes sind gehalten, den im Schiedsspruch des Haupttarifamts vom 4. November 1913 enthaltenen Intentionen bezüglich der allgemeinen Lohnerhöhung nachzukommen. (gez.) Dr. G. B. z.

Dieser Entscheid wird wahrscheinlich auch dem Hinüberwechseln der namhaftesten Stuttgarter Firmen zum „Bund deutscher Dekorationsmaler“ nicht Einhalt gebieten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Auf den beiden Gebieten, die schon immer die größten Kapitalkolosse aufwiefen: im Montanergewerbe und im Bankwesen, bereiten sich soeben zwei der bezeichnendsten Verschmelzungen vor. Die Diskontogesellschaft, die alte Hansemännische Schöpfung aus der Jugendzeit des deutschen großbürgerlichen Aufstrebens, wird auf das engste den Schaaffhausenschen Bankverein an sich fesseln, der einst in Köln mit der rheinischen Industrie- und Handelsentfaltung groß geworden war und sich dann auf dem schlüpfrigeren hauptstädtischen Boden des Börsetreibens und der Grundstückspekulation ziemlich unglücklich bewegte. Im alten westlichen Schwerindustriegebiet wiederum wird der Rammesmannkonzern die letzten Einseitigkeiten des „reinen“

Spezialbetriebes abstreifen und einen großen Schritt weiter zum in sich abgeschlossenen „gemischten“ Nietenwerk vollziehen.

Seit der Mitte der achtziger Jahre löste in Deutschland der Gedanke, Rohre nahtlos zu walzen, zu pressen oder zu gießen, die lebhaftesten Ideenkämpfe aus, und die Firma Mannesmann trug schließlich neben Ehrhardt und anderen Großkapitalisten die glänzendsten Siegergewinne davon.

Dieses glänzende Geschäftsergebnis war, wie man sieht, mehr und mehr mit einer stärkeren Eigenverwertung sowohl der Roh- und Brennstoffe wie der Halbfabrikate verbunden. „Unsere Gesellschaft“, heißt es in dem Geschäftsbericht für 1913/14, „hat ihre Existenz auf einem Spezial-Fertigfabrikate-Gebiet aufgebaut.“

Die Firma selber schreibt hierzu in ihrer Preisveröffentlichung sehr charakteristisch: „Wir beabsichtigen, auf dem für den Zweck besonders geeigneten, sehr günstig im Niederrhein gelegenen Grundstück von Schulz-Knaudt Hochöfen zu errichten und das vorhandene Stahlwerk darauf auszubauen, daß wir hier sowohl den Stahlbedarf des Blechwalzwerkes Schulz-Knaudt als auch den unseres Blechwalzwerkes: Gewerkschaft Grillo, Funke & Co. in Gelsenkirchen, so erheblich viel billiger herstellen können, daß wir auf dem Blechmarkt und auf dem Gebiet der großen geschweißten Rohren unsere volle Wettbewerbsfähigkeit wieder erlangen.“

Die jüngste Fandantenverbindung bietet nach ihrem Wesen nichts Neues mehr. Einzigartig ist sie nur nach ihrem Größenmaßstab. Die Diskontogesellschaft Hermann des Berliner Geschäftsmannschaftsbundes vollständig. Daraus läßt man die Einseitigkeit des Wesens gegen die Konkurrenz und alle deutsche Berliner Besatzungsbank zu sehen, daß man in dem einen neuen Institut in sich selbständigen Geschäftsbereich den Namen des Mannesmann-Konzerns, Abteilung Schulz-Knaudt führen.“

Man erwartet übrigens weitere ähnliche Vorstöße des Berliner Großbankentums nach den weithin Hochgehenden der Deutschen Industrie. Die letzte Kapitalerhöhung der Deutschen Bank konnte aus der Auffassung der Verg-

bank, eines für das rheinisch-westfälische Industriegebiet hochwichtigen Finanzinstituts. Die Diskontogesellschaft unterhielt bisher schon enge Beziehungen zum Barmer Bankverein. Kein Wunder, daß sich jetzt die Dresdner Bank nach „Konventionen“ umschaut, wie ein Großstaat nach eigener Ländervergrößerung, wenn andere Großstaaten neue Gebiete besetzen. Die Kapitalkonzentration entwickelt sich gerade im Bankwesen nach wie vor mit unheimlicher Kraft und Geschwindigkeit. Max Schippel.

Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Das Andrangsniveau hat in diesem Jahre eine Höhe erreicht, für die sich selbst in Jahren allgemeiner wirtschaftlicher Depression analoge Vergleichsziffern nicht vorfinden. Das tröstlose Bild, welches der Arbeitsmarkt der Bauarbeiter darbietet, wird durch die nachstehende Tabelle zur Genüge illustriert. Es kamen in den einzelnen Monaten der Jahre 1907 bis 1914 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Bewerber:

Monat	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Jan.	251,45	374,00	441,87	499,49	396,58	458,88	530,58	921,72
Febr.	250,83	359,61	643,56	342,27	364,60	357,14	382,66	428,88
März.	125,72	156,02	235,04	157,53	101,00	160,96	261,18	—
April.	110,26	159,92	126,86	146,78	128,91	144,44	198,21	—
Mai.	108,67	150,97	112,25	183,00	116,34	143,31	212,15	—
Juni.	104,17	147,53	155,79	159,26	124,86	180,46	185,33	—
Juli.	110,18	142,74	147,92	136,57	117,75	189,24	197,50	—
Aug.	108,80	160,88	160,85	145,29	125,38	148,44	219,41	—
Sept.	88,80	134,60	119,85	134,94	100,93	128,92	168,51	—
Okt.	118,14	185,77	139,70	199,45	141,53	163,30	228,28	—
Nov.	169,20	243,40	176,15	236,11	206,20	252,70	436,71	—
Dez.	215,70	380,74	278,79	277,78	266,82	296,31	542,58	—

Im Februar 1914 entfielen auf je 100 offene Stellen 428,88 Arbeitssuchende, im Vormonat hingegen 921,72. Diese Rekordziffer erklärt sich wohl aus dem anhaltenden Frost, der jegliche Bautätigkeit lahmlegte. Immerhin bedeutet der starke Rückgang im Februar gegenüber dem Vormonat eine Entspannung der unhaltbaren Zustände auf dem Bauplätze. Ein Blick auf die Februarziffern der letzten Jahre belehrt jedoch, daß der diesjährige Monat die höchste Andrangsziffer seit dem Jahre 1909 aufweist. Die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes im Berichtsmontat zeigt sich am schärfsten in dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei einzelnen Berufsgruppen. Es ergaben sich in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres folgende Andrangsziffern:

Berufsgruppen	1913 Januar	1913 Februar	1914 Januar	1914 Februar
Maurer, Puger, Stuckateure	412,96	420,26	857,66	887,96
Zimmerer, Treppennmacher	912,52	369,87	1246,81	649,85
Maler, Anstreicher,	569,93	253,97	1021,08	360,61
Lackierer	812,26	340,78	488,83	492,42
Glasler	484,72	695,15	778,80	742,14
Uebrige gelernte Berufe	187,86	218,67	226,42	228,54

Am schwersten hatten die Zimmerer und übrigen gelernten Berufe unter den Konjunkturbedingungen zu leiden, doch hat der Februar für diese im Vergleich zum Januar dieses Jahres eine recht beachtenswerte Abnahme des Andranges fast um die Hälfte gebracht. Ebenso hat das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage über den übrigen Bauarbeitern teilweise erheblich an Schärfe verloren, indem die Andrangsziffer bei den Maurern und Pugern um mehr als die Hälfte, bei den Malern, Anstreichern und Lackierern um fast ein Drittel zurückgegangen ist. Nur die Erbarbeiter und Handlanger halten sich in beiden Monaten auf dem gleichen Niveau. Andererseits kann man im Monat Februar gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres eine teilweise Verbesserung der Arbeitsmarktlage feststellen. Insbesondere tritt bei den Zimmerern, aber auch bei den Maurern ein wesentlich niedrigerer Andrang zutage, während bei den Malern und übrigen Bauarbeitern die Steigerung des Angebots weiter zugenommen hat. Der Anstieg zu einer Hebung des Beschäftigungsgrades, wie ihn die seitlich günstigen Februarziffern demonstrieren, bedeutet ein erfreuliches Zeichen einer beginnenden Aufwärtsbewegung im Baugewerbe. Die unverkennbare Verlangsamung der Zunahme der Beschäftigtenzahl läßt die Hoffnung nicht als trügerisch erscheinen, daß das Jahr 1914 im Zeichen einer Gesundung des schwer geschädigten Baugewerbes zu stehen verspricht. Am Arbeitsmarkt der Maler, Anstreicher und Lackierer betrug die durchschnittliche Ab- respektive Zunahme des Andranges für je 100 Stellen in den preussischen Provinzen sowie im Reiche:

Landesteile	1913 Januar	1913 Februar	1914 Januar	1914 Februar
Brandenburg mit Berlin	859,61	223,73	562,84	240,52
Pommern	8300,00	—	5400,00	1076,00
Posen	370,00	281,82	3566,67	1733,33
Sachsen	788,89	233,33	1292,59	850,86
Schleswig-Holstein	2037,50	418,18	1364,54	1069,23
Hannover	695,83	145,85	243,40	198,23
Westfalen	424,85	229,50	1126,97	627,81
Hessen-Nassau	738,36	213,67	1023,88	1036,58
Rheinland	336,64	172,90	770,89	244,87
Bayern	630,40	606,95	956,63	812,61
Rheinprovinz	357,95	229,31	1772,09	623,78
Württemberg	505,98	262,20	1763,67	561,06
Baden	835,86	320,52	1849,18	541,96
Hessen	1231,95	327,97	3714,29	1323,81
Sachsen-Anhalt	983,09	103,96	981,48	691,49
Deutsches Reich	569,93	253,97	1021,08	360,61

Fast in allen Gebieteilen Preußens und des Reiches ist von Januar zu Februar ein teilweise recht erheblicher Rückgang des Andranges zu verzeichnen. Im Vergleich zu dem Vorjahresmonat hingegen hat im Februar dieses Jahres die Arbeitsmarktlage für das Malergewerbe in den meisten preussischen Provinzen, namentlich in Posen, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, sowie im Königreich Sachsen, in Hessen und Elsaß-Lothringen eine weitere Erhöhung der anormalen Andrangsziffern erfahren. Nur Ost- und Westpreußen, Schlesien sowie Bremen und Hamburg weisen in den Vergleichsmonaten gegen das Jahr 1913 eine Verringerung auf, wie aus folgenden Daten hervorgeht:

Landesteile	1913 Januar	1913 Februar	1914 Januar	1914 Februar
Ost- und Westpreußen	4600,00	670,00	1600,00	288,89
Schlesien	1160,00	898,59	—	218,45
Bremen	823,68	198,92	817,65	118,33
Hamburg	1126,00	181,90	1575,51	158,87

Lohnbewegungen.

2. Bezirk.
Coblenz. Die Arbeitgeber erklärten durch ein Eingefandt in den Tageszeitungen, daß sie den vorgeschriebenen Mindestlohn von 49 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zahlen, nur die Verhandlungen müßten sie ablehnen, da die Gehilfen 1 $\frac{1}{2}$ mehr verlangen als der vorjährige Schiedsspruch. Natürlich verschweigen die Herren fortgesetzt, daß sie den Schiedsspruch und den Reichstarif im vorigen Jahre abgelehnt haben. Die ganze Stärke des Arbeitgeberverbandes beruhte bis jetzt nur auf der teilweisen Veröffentlichung der Namen der Streikenden. Doch solche Kleinigkeiten sollen und können uns nicht länger aufhalten, denn die Streikenden sind bis auf diejenigen, die zur Aufrechterhaltung der Kontrolle benötigt werden, alle anderweitig in Arbeit getreten. Wir können also ruhig abwarten, bis sich bei den befreiten Firmen die Ansicht durchringt, daß sie sich der Abschließung eines Tarifvertrages auf der Grundlage der Grundlätze, wie ihn bereits die über große Mehrzahl der Unternehmer anerkannt hat, nicht länger entziehen können.

Die Werbung von Arbeitswilligen, die bis jetzt ziemlich erfolglos von den befreiten Unternehmern versucht wurde, ist nun bereits auf der höchsten „kulturellen“ Stufe angelangt.

Ausgerechnet der Vorsitzende der Ortsgruppe des tarifbrüchigen Arbeitgeberverbandes greift bereits zu dem Bodmittel von „Jahresverträgen“. Unter dem Vorwand, einen neunzehnjährigen Kollegen, der eine ordnungsgemäße Lehrzeit beendet hatte, weiter auszubilden, wollte er mit dem Vater des jungen Kollegen den folgenden Vertrag abschließen:

Coblenz, den 27. April 1914.
Vertrag.
Zwischen dem Malermeister Jacob Meng und dem aus wurde heute folgendes vereinbart:
Der gibt seinen Sohn geb. am dem Malermeister J. Meng auf 1 Jahr zur weiteren Ausbildung als Volonteur in sein Geschäft, und zwar für einen Lohn von 30 $\frac{1}{2}$ für die Stunde.
J. Meng hat dafür zuzufügen, daß der nach Jahresfrist in den Stand gesetzt wird einen höheren Lohn zu verdienen. Dagegen hat der sich verpflichtet, alle Mühe zugeben seinen Meister zufrieden zu stellen.
Im Winter wenn nicht genügend Arbeit vorhanden sein soll ist J. Meng berechtigt den zeitweise ansetzen zu lassen.
Jacob Meng.

So möchten die Herren Unternehmer das Arbeitsverhältnis haben: Die Gehilfen sollen sich verpflichten, so lange man sie braucht, dem Meister dagegen ist es gestattet, den Gehilfen jeden Tag aussetzen zu lassen und dann einen Lohn zu bezahlen, der ganz im Belieben des Herrn Meisters steht. Aber solche Verträge werden die Herren wahrscheinlich allein mit sich abschließen müssen, denn für einen solchen gerechten, gegen die guten Sitten verstoßenden Vertrag wird sich kein Kontrahent finden.

Kollegen allerorts, haltet den Bezug nach Coblenz fern! Der Kampf gegen diese tariffeindlichen Unternehmer muß mit aller Schärfe fortgeführt werden!

In Arheilgen b. Darmstadt ist nach kurzer Arbeitsniederlegung ein Tarifvertrag mit den einzelnen Unternehmern abgeschlossen worden, der endlich die Grundlage für ein geregelt Lohn- und Arbeitsverhältnis bringt. Der Mindestlohn beträgt 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Das geschlossene Zusammenhalten der Kollegen hat auch hier die bisher tariffeindlichen Unternehmer zum Aufgeben ihres Standpunktes veranlaßt.

4. Bezirk.

Zur allgemeinen ArbeitsEinstellung ist es auch in Welbert gekommen, weil sich die Arbeitgeber auf wiederholtes Ersuchen, geordnete Verhältnisse durch einen Vertrag zu schaffen, ablehnend verhielten. Die ArbeitsEinstellung hatte derartig gewirkt, daß schon des Nachmittags eine Verhandlung stattfand, an der der Verbands-Syndikus teilnahm. Die Verhandlungsaussprache brachte insofern Klärung und zeitliche der Tatsache, daß die wiederholt verscherte Tariffreundlichkeit der rheinisch-westfälischen Unternehmer darin besteht, eine einseitige, den Gehilfen zur Begünstigung unterbreitete, ohne jeglichen Einfluß bestehende Arbeitsordnung statt des Tarifvertrages zu unterbreiten. Diese in Aussicht gestellte Arbeitsordnung soll zwischen Arbeitgebern und Gehilfen abgeschlossen werden und mit dem Austritt aus dem Arbeitsverhältnis beendet sein. Die Arbeitgeber sind auch bereit, in diese „Arbeitsordnung“ die Arbeitszeiten und Löhne einzufügen, jedoch dürfe sie nicht von Organisations- und Delegationsvereinbar werden. Weiter fördert die Verhandlung den besten Abstimmungsmodus aus Tageslicht, welcher bei den Arbeitgebern so gehandhabt wird, daß die Majoritätsstimmen nur geachtet werden. Wenn also eine Ortsgruppe mit einer Stimme Mehrheit

Aus unserm Beruf.

Ein Wahltag.

Am 22. April fand in Hamburg die Wahl des Ausschusses zur Maler-Zinnungskrankenkasse statt. Die Wahlen zu dieser Kasse nahmen diesmal das Interesse der hamburgischen Kollegen in hohem Maße in Anspruch. Bekanntlich hat um die Zinnungskasse seit Jahren ein ständiger Kampf zwischen der Malerinnung und der Gehilfenschaft getobt, weil die Zinnung die Kasse nur lebensfähig erhalten konnte durch einen ungeheuren Terrorismus, der alle Gehilfen zwangsweise der Kasse zuführte. Derselbe Zwang wurde auch angewandt gegen eine große Zahl Meister, die mit der Kasse nichts zu tun haben und die zwangsweise Zutreibung ihrer Gehilfen in die Kasse ursprünglich nicht mitmachen wollten. Die Verwaltung der Kasse lag in den Händen der Zinnung, diese stellte die Beamten an und ließ sich dafür eine bestimmte Summe von den Einnahmen der Kasse geben. In dem Kassenvorstand hatten die Arbeitgeber stets eine statutarische Mehrheit, ja, die gewählte Minderheit der Gehilfen unterlag sogar der Bestätigung durch den Zinnungsvorstand. Es war daher kein Wunder, wenn die Wahlen bisher kein besonderes Interesse bei unsern Kollegen auslösten.

Die Reichsversicherung hat nun bewirkt, daß eine gründliche Umgestaltung der Kasse vorgenommen werden mußte. Die Kasse steht nun völlig selbständig, losgelöst von der Zinnung da und die Verwaltung der Kasse beruht auf Parität. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen hat nun die fernere Bekämpfung der Kasse keinen Zweck mehr, vielmehr ist jetzt unsere Mitarbeit geboten, um das Interesse der Kollegenschaft zu wahren.

Das Interesse an den Wahlen war denn auch ein bedeutend regeres als in früheren Jahren. Die Wogen der Wahlbewegung gingen, namentlich in den letzten Tagen vor der Wahl, recht hoch. Gewählt wurde nach Listen. Die Arbeitgeber hatten verständigerweise nur eine Liste eingereicht und erübrigte sich für sie demnach eine Wahl überhaupt. Die Gehilfen dagegen waren mit drei Listen auf dem Plan erschienen und nun konnte der Kampf unter Willkür beginnen. Daß unsere Hamburger Filiale für Aufstellung einer Liste gesorgt hatte, war selbstverständlich. Luchting, erfahrene und zuverlässige Kollegen hatten sich bereitgefunden, zu kandidieren. Aber auch der „Neue Zentralverband“ hatte es sich nicht verhehlen können, eine zweite Liste aufzustellen, auf der 18 „Unentwegte“ sich zur Wahl präsentierten. Die Hoffnung auf einen großen Sieg soll in diesem Kreise sehr hoch gespannt gewesen sein. Und schließlich erschien als Nummer 3 noch eine besondere Spezies mit einer Liste auf dem Plan, enthaltend neun Namen. Diese sonderbaren Leute stellten sich unter Führung eines im Jahre 1912 aus dem Verbande ausgeschlossenen H. Howant in einem Wahlflugblatt als „Anorganisierte“ von Intelligenz und Charakter (!) den Wählern vor. Sie hatten aber bald gemerkt, daß ihr Flugblatt von der Kollegenschaft in recht unflüchtiger Weise angenommen wurde, sie mithin auf einen Erfolg nicht rechnen konnten. Flugs kamen diese sonderbaren Käuze bei und nahmen eine Frontveränderung vor. In einem zweiten Wahlflugblatt, das vier Tage später erschien, stellten sie sich nunmehr als „Demokratische Vereinigung der Maler Hamburgs“ vor, wie zu erwarten war, mit demselben Gelingen. Die Leute haben einen höllischen Värm gemacht mit ihrer Wahlpropaganda, natürlich auch auf den Verband in maßloser Weise geschimpft und viel Geld für ihre Wahlagitaktion ausgegeben. Es wäre interessant, zu erfahren, wer in Wirklichkeit die Kosten für sie bezahlt hat.

Das Resultat der Wahl war schließlich folgendes: Von 745 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste des Verbandes 684, auf die des „Neuen Zentralverbandes“ 27 und auf die Anorganisiertenliste 34 Stimmen; der Rest war ungültig. Damit ist die Liste unserer Kollegen glatt gewählt und die der Gegner unter den Tisch gefallen. Howant und Mint, die Leiter der gegnerischen Wahlbewegung, sollen, wie uns mitgeteilt wurde, nach Verkündung des Wahlergebnisses mit recht langen Gesichtern von dannen gezogen sein, und das ist auch erklärlich. Wir wollen uns mit den „Anorganisierten“ nicht näher beschäftigen; jeder weiß, was für Leute es waren, die für diese Liste gestimmt haben. Anders liegt es jedoch mit dem „Neuen Zentralverband“. Er hat seine gesamten wahlberechtigten Mitglieder auf die Beine gebracht, trotzdem brachte er es nur auf 2 1/2 Duzend Stimmen. Mögen auch noch einige wenige Mitglieder vorhanden sein, die nicht wahlberechtigt waren; aber mit 3 Duzend wird die Zahl seiner Mitglieder nicht zu niedrig eingeschätzt sein. Das war also wieder einmal eine gründliche, wohlverdiente Blamage für den „Neuen“; man hatte natürlich mit einem großen Zustrom aus den Kreisen unserer Mitglieder für die Liste 2 gerechnet, aber nicht eine einzige Stimme erhalten. Und nun steht er da wie der bekannte Bohrer, dem die Felle fortgeschwemmt. All die Märchen von einer größeren Mitgliederzahl, die unter dem Schleiher des Geheimnisses sorgfältig geborgen in Umlauf gesetzt wurden, sind nun zerstört. Jene einsichtigen und eingeweihten Kollegen, die stets dem „Neuen“ eine größere Mitgliederzahl bestritten haben, haben Recht behalten. Aber noch eins kommt in Betracht, und das ist am wichtigsten: der Stamm unserer Hamburger Kollegen ist weit abgerückt von den Organisationszerpitterern. Das hat nicht nur das Wahlergebnis bewiesen, sondern auch die begleitenden Nebenerscheinungen am Wahltag.

Lügen haben kurze Beine.

Wir haben in Nr. 15 des „Vereins-Anzeigers“ einen ausführlichen Bericht gebracht über den Ausgang eines Prozesses des Hamburger Zinnungsvorstandes gegen zwei unserer Hamburger Kollegen. Wir haben bei der Gelegenheit auch auf das höchst unruhliche Verhalten des Leiters des „Neuen Zentralverbandes“, Mint, hingewiesen, der bei jener Angelegenheit vom Hauptangeklagten zum Zeugen der Arbeitgeber avancierte. In der neuesten Nummer des „Verbandsorgans“ versucht nun Mint, sein eigenartiges Verhalten zu rechtfertigen. Wir wären auf die Sache nicht zurückgekommen, wenn er dabei bei der Wahr-

heit geblieben wäre. Und da nun das „Verbandsorgan“ von ihm gelegentlich der Krankenkassenwahl an Gunderle von Kollegen verteilt worden ist, müssen wir notgedrungen, um Irrtümern vorzubeugen, auf seine unwahren Behauptungen zurückkommen. Mint behauptet: 1. Der fragliche Artikel im „Echo“ habe sich mit seinen Ausführungen in der Versammlung nicht gedeckt. Demgegenüber wollen wir feststellen, daß N. den „Echo“-Bericht ausdrücklich als identisch mit seinen Ausführungen anerkannt hat und persönlich an der dann folgenden separaten Drucklegung mitgewirkt hat. Daß er jetzt den Arbeitgebern sowohl als auch der Öffentlichkeit erzählt, Kollege Tonn habe ihn scharf gemacht und ihn aufgereizt, recht scharf gegen die Krankenkasse vorzugehen, wollen wir ihm nicht weiter anrechnen, da wir wissen, daß alle Maulhelden etwas Feiges an sich haben.

2. Behauptet N., der Rechtschutz sei ihm vom Verband abgelehnt worden. Das ist eine bewusste Unwahrheit, wie aus nachstehendem hervorgeht: Bereits bei Ns. Ausschlußverfahren ist ihm mitgeteilt worden, daß der Verband die Kosten für den Rechtschutz im ganzen trage. Am 3. Februar 1913 schrieb außerdem noch Kollege Tonn an Mint, daß der Verteidiger, Rechtsanwalt S., ihn, Mint, im bevorstehenden Prozeßtermin mitverteidigen werde. Da N. auf diesen Brief keine Antwort gab, ging am 10. Februar 1913 folgender Einschreibebrief an Mint ab:

Verteiler Kollege Mint!

Auf mein Schreiben vom 8. d. M. habe ich bisher keine Antwort von Dir bekommen. Ich frage deshalb nochmals bei Dir an, ob Du gewillt bist, Dich von Dr. Herz mit vertreten zu lassen. Rechtschutz wird insgesamt vom Verband gewährt. Wenn Du dazu bereit bist, dann wünscht Dr. Herz mit Dir zu sprechen, und ich ersuche Dich, zu ihm zu gehen. Natürlich muß das bald geschehen. Ebenfalls ersuche ich nochmals, mir umgehend eine Antwort diesbezüglich zukommen zu lassen.

Mit Gruß

E. Tonn.

Diese Briefe hat N. in der Nr. 9 des „Verbandsorgans“ vom Jahre 1913 zum Abdruck gebracht und sie mit Mandat versehen. Sie sind also in seine Hände gekommen. Trotzdem behauptet er: der Rechtschutz sei ihm abgelehnt worden.

Wer solche dreschen Behauptungen aufstellt, der muß doch wohl mit der Wahrheit auf recht gespanntem Fuße leben. N. will in „Motiv“ gehandelt haben, als er zu den Arbeitgebern ging, mit diesen konspirierte und ihr Feige wurde; er will nun auch mit der Zinnung zusammen die Klage gegen seine einstigen Mitangeklagten durchsetzen. Wir wünschen ihm viel Glück zu seinem „üblichen“ Unternehmen. Da Berufung gegen das freisprechende Urteil unserer Kollegen eingelegt ist, kann der Tanz von neuem beginnen.

Jeder Fortschritt muß erkämpft werden! Niemals sind die Unternehmer bereit, berechtigten Forderungen und Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Dies zeigt uns die Behandlung der Frage des paritätischen Arbeitsnachweises in einer Zinnungsversammlung in Leipzig.

In Leipzig bestehen zurzeit drei Arbeitsnachweise, der Zinnungsnachweis, unser Verbandsnachweis und zu allem Überflusse ein Arbeitsnachweis des „Neuen Zentralverbandes“. Das Bestehen dieser drei verschiedenen Einrichtungen bringt oft allen Teilen Unannehmlichkeiten, die bei einer vernünftigen Regelung sehr wohl vermieden werden könnten. So verlangt die Zwangsmeinung von ihren Mitgliedern, daß diese nur den Zinnungsnachweis benutzen sollen, die organisierten Kollegen haben hingegen zu dem Zinnungsnachweis nicht das genügende Vertrauen, meiden ihn deshalb und benutzen in der Hauptsache unsern Nachweis. Dadurch entsteht die Kalamität, daß auf dem Zinnungsnachweis wohl viel Stellen gemeldet werden in der Periode, wo die Arbeit ganz besonders drängt, aber in der Regel keine Gehilfen vorhanden sind, die Stellen also nicht besetzt werden können. Die Unternehmer halten sich aus diesen Gründen nicht an die Aufforderung der Zinnung, sie haben natürlich Kenntnis von dem Bestehen unseres Nachweises und melden daher zugleich auch bei uns die offenen Stellen an, da sie durch uns sicherer Gehilfen zugewiesen erhalten, weil die zugereisten organisierten Kollegen sich in den meisten Fällen zunächst auf unserm Bureau nach der Konjunktur erkundigen. Nicht selten kommt es daher vor, daß die gemeldeten Stellen von beiden Nachweisen ausgegeben, die vermittelten Kollegen aber nicht alle eingestellt werden, da dafür kein Bedürfnis bei dem Unternehmer vorliegt. Hierdurch geht manchem Gehilfen ein oder auch mehrere Tage an Arbeitsverdienst verloren. Dazu kommt noch, daß durch derartige Unlieblichkeiten bei der Gehilfenschaft das Vertrauen zu derartigen Einrichtungen nicht wächst oder vielfach verloren geht und sie das Umschauen (Klinkenputzen) vorziehen. Eine geregelte Arbeitsvermittlung kann durch diese Mißstände nicht aufkommen und beide Teile, Gehilfen sowie Unternehmer, haben darunter zu leiden. Daß dabei die Gehilfen die am meisten Leidtragenden sind, liegt klar auf der Hand, da für sie jede Stunde unnötiger Arbeitslosigkeit einen Schaden bedeutet, während der Unternehmer durch Antreiben der Gehilfen die fehlende Arbeitskraft zu ersetzen versucht und eventuell durch Überstunden die Arbeit fertigstellen läßt.

Da mit dem Arbeitgeberverband infolge seiner notorischen Einflußlosigkeit in Leipzig eine Regelung der Frage des paritätischen Arbeitsnachweises so ziemlich unbeachtet bleibt und bei diesem, nach allen bisherigen Erfahrungen, auf ein Verständnis gleich gar nicht gerechnet werden kann, machte der Gesellenausschuß den Versuch bei der Zinnung, eine Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung durch Angliederung an den kommunalen Arbeitsnachweis herbeizuführen.

Von welchen Gesichtspunkten die Zinnungsgrößen diese so wichtige Frage behandeln, geht aus folgendem Bericht des „Maler“ hervor:

Den Antrag des Gesellenausschusses auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises begründet der stellvertretende Altgeselle, Herr Kaufmann. Er vertweist ein-

den Reichstarif ablehnte, so gilt die ganze Ortsgruppe zu den Meinfagern. Nun wird es uns auch klar, wo diese Million gegen den Reichstarif entstanden ist. Auch wurde erklärt, daß die Ablehnung im Interesse der Erhaltung des Arbeitgeberverbandes erfolgt sei; denn hätten sich die Arbeitgeber gefügt, so wäre der Arbeitgeberverband in die Brüche gegangen. Selbsterhaltungstrieb oder Egoismus ist die Triebfeder der Handlung gewesen.

Die nochmalige Verhandlung ohne Angestellte brachte einen Vertrag zustande, der zwischen Ortsgruppe und Ortsgruppe abgeschlossen werden sollte, der für uns aber deshalb unannehmbar ist, weil einzelne Bedingungen schlechter als die des Reichstarifes sind und wir nicht auch noch neben den Arbeitgebern Tarifbruch begehen wollen. Als frivol wurde unsere Arbeitszeinstellung bezeichnet, weil wir die Arbeitgeber überfallen hätten, trotzdem „geordnete“ Verhältnisse in Welbert bestehen. Nach den Ausführungen des Verbandspräsidenten zu urteilen, bestehen überall „geordnete“ Verhältnisse, die es uns aber gestattet, manchem Arbeitgeber Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Der Kampf wird also weitergeführt und ist Zugang nach Welbert und Neuk, wo ebenfalls der Kampf weitergeführt wird, streng fernzuhalten.

Auch empfiehlt es sich, daß alle zureisenden Kollegen erst dann Arbeit annehmen, wenn sie sich beim Filialvorstand erkundigt haben, ob keine Differenzen bestehen.

In Walsb bei Solingen ist die Werkstelle Casper's gesperrt.

In Düsseldorf wurde neben der Firma Werken die Firma Schumann gesperrt. Diese Firmen sind zu meiden.

Der Arbeitgeberverband scheint eine höllische Angst vor einer „beschlossenen“ Aussperrung zu haben und beschränkt sich auf die Veröffentlichung der Namen der Streikenden, was diesen aber nicht weh tut, da selbst die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes diese trotzdem einstellen.

5. Bezirk.

In Grimma kam es nach vierwöchigem Kampfe zu einem Tarifabschluß, der den Kollegen 5 1/2 Lohnerhöhung pro Stunde und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche brachte. Der Lohn erhöht sich in diesem Jahr um 8 1/2, auf 51 1/2 für Gehilfen über 20 Jahre, und um weitere 2 1/2, auf 58 1/2, ab 1. April 1915. Der Lohn für Gehilfen unter 20 Jahren und Anstreicher ist um 6 1/2 niedriger. Der Vertrag hat Geltung bis 31. März 1917. Auch diese Lohnbewegung zeigt uns, daß nur bei einmütigem Zusammenstehen aller in Frage kommenden Berufs Kollegen in kleineren Orten auch Verbesserungen erzielt werden können. Die Unternehmer mühten ihre Forderung auf Festlegung eines Maximallohnes fallen lassen. Mögen die Grimmaer Kollegen die Lehren dieser Bewegung beherzigen und immer so einmütig zusammenstehen, dann erst dürfte die Garantie der Durchführung der Bedingungen im ganzen Zinnungsbezirk und für weitere Verbesserungen gegeben sein.

6. Bezirk.

In Nalen sind die Kollegen in den Streit getreten, da die Arbeitgeber sich beharrlich weigern, den Tarifvertrag einzuführen. Zugang nach dort ist strengstens fernzuhalten.

Lackierer.

Streik in den Münchner Luxuswagen- und Karosseriefabriken. Noch selten wurde eine Arbeiterchaft so brütal behandelt wie die Münchner Wagenbauarbeiter von den Münchner Luxuswagen- und Karosseriefabrikanten. Die Herren hatten den am 30. April er. abgelaufenen Tarifvertrag gekündigt mit dem Zusatz, daß sie einen neuen Vertrag nicht mehr abschließen würden. Weit entfernt, diesen Herrnhäufelstandpunkt zu akzeptieren, reichten die Arbeiterorganisationen ihre Forderungen ein. Die Antwort war eine ablehnende. Das Eingungsamit München versuchte, eine Verkündung herbeizuführen, und setzte noch in letzter Stunde, auf Samstag, 2. Mai, einen Termin zu Verhandlungen an. Die Wagenbauarbeiterchaft hatte mit Rücksicht darauf in einer Versammlung am Donnerstag, 30. April, beschlossen, in Frieden sich mit den Fabrikanten zu einigen. Aber die Herren wollten keinen Frieden. Am Samstag früh wurde den Arbeitervertretern, als sie auf dem Gewerbeamt in München erschienen waren, mitgeteilt, daß die Fabrikanten verhandeln würden unter den Bedingungen, daß die Arbeiter auf die Festlegung eines Mindestlohnes verzichten würden und andererseits die Einführung der Alfordarbeit akzeptierten. Das war zu viel des Guten, und einmütig beschlossen die Wagenbauarbeiter am Samstagabend den Streik. Der Kampf wird voraussichtlich ein harinäckiger werden, aber die Wagenbauarbeiter sind entschlossen, ihr seit Jahren erkämpftes Mindestbestimmungsrecht bei Festlegung des Arbeitsverhältnisses zu verteidigen und letzteres zeitgemäß zu verbessern. Zugang ist fernzuhalten!

In Weinsberg haben die Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages mit dem dortigen Karosseriewerk geführt. In den Karosseriewerken Heilbronn und bei Auer & Neutter, in Stuttgart, dauert der Lohnkampf in verschärfter Form fort.

Die Lackierer der Norddeutschen Waggonfabrik in Bremen haben Forderungen eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Messe v. Osnabrück. Die Kollegen der Möbelfabrik Melchersmann haben alle die Kündigung eingereicht, weil Herr Melchersmann es ablehnte, zur Schlichtung der Differenzen und Auslegung des Tarifvertrages das darin vorgesehene Schiedsgericht anzurufen. Zugang ist fernzuhalten.

Breslau. Der Kampf in den Einke-Sofmann-Werken dauert noch fort. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

leitend auf die Verhandlungen von 1912, wo der gleiche Antrag bei der Innung keine Gegenliebe gefunden habe. Nichtsdestoweniger sei die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises nach wie vor notwendig. Jetzt habe man drei Nachweise in Leipzig, wozu noch die Umschau und der Anzeiger in den Zeitungen komme. So zeigen sich immer wieder Mängel, denen gegenüber eine Regelung dringend notwendig und nur durch Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises möglich sei.

Nachdem Kollege St. dann die Grundsätze klargelegt hatte, nach denen der Gesellenauschuss eine Regelung für möglich hält, unter anderem auch die Bereitwilligkeit der Werkstätten zur Mitunterstützung hervorhob, zeigte die Diskussion der Unternehmer ein.

Der Herr Obermeister bemerkt, daß seine Stellung aus den Verhandlungen der früheren Jahre bekannt sei. Er werde nun die Entscheidung der Versammlung. Zu den einzelnen Punkten des Regulativs möge man jedoch für keine feste Stellung nehmen, sondern nur zu der Grundfrage, um die es sich handle. Herr Sandner (Vorstand des Arbeitgeberverbandes) sagt, daß er kein Gegner des paritätischen Nachweises sei. Man solle aber nicht so ohne weiteres aufgeben, was man habe. Wie der Paritätische wirken werde bei den verschiedenen Konjunkturen, das sei noch eine Frage. Auf die Arbeitgebernachweise entfielen von über eine Million, auf die Gesellenachweise nur 300.000 Vermittlungen pro Jahr. Schon im Hinblick auf diese Zahlenverhältnisse solle man den Innungsnachweis nicht aufgeben. Einen Antrag auf Anhebung an den kommunalen Arbeitsnachweis solle man nicht ablehnen, aber erst abwarten, wie dieser sich entwickelt, insbesondere abwarten, welche Erfahrungen die Meister machen, die sich längst angegeschlossen haben. Herr Barth fragt, welche Klagen die Gesellen denn gegen den Innungsnachweis hätten. Er glaube, daß es sich bei ihnen nur um Vorurteile handle. Herr Wörich spricht dafür, daß alle Nachweise an einer Stelle zusammengelegt werden. Für den kleinen Meister, der kein Telefon habe, sei sonst der Verkehr mit den verschiedenen Nachweisen zu unständlich. Der Herr Obermeister weist nicht die Umschau. Der Innungsnachweis werde von einem Arbeitnehmer geleitet, als welcher der Innungssekretär doch ebenfalls anzusehen sei. Er sei mit dem Innungsnachweis noch immer zufrieden gewesen. Der Herr Obermeister erwidert Herrn Wörich, daß es wegen der Zusammenarbeit der verschiedenen Nachweise verschiedene Mittel und Wege geben würde. Ob aber die Gesellen schon so diszipliniert seien, daß sie jede Arbeit annehmen? Herr Sandner verspricht sich nichts von einer Zusammenarbeit der verschiedenen Nachweise. Solange die Gesellen in allem nur ihren eigenen Vorteil suchen, können es auch die Meister nicht anders haben. Herr Altgejelle Kaufmann antwortet, daß es nicht darauf ankomme, ob die Gesellen Klagen gegen den Innungsnachweis haben oder nicht, sondern darauf, ob sie Vertrauen zu ihm haben. Dies sei nicht der Fall. Nichts Entwürdigendes könne es für die Gesellen geben als die Umschau. Eine Zusammenarbeit der verschiedenen Nachweise sei nicht durchführbar. Man möge zur Prüfung des Regulativs eine Kommission einsetzen. Der Herr Obermeister widerspricht, daß die Umschau entwürdigend sei. Ob sich denn der Meister nicht auch um Arbeit umschauen müsse? Man dürfe die Umschau nach Arbeit nicht vertauseln mit Betteln und Landstreiherei. Die Umschau nach ehrlicher Arbeit sei ehrend aber in bisheriger Art nicht angenehm, zumal bei schlechter Konjunktur, wenn es wohl Vertröstungen, aber keine Arbeit gibt. Es sprechen die Herren Sandner und Barth, worauf Herr Wörich beantragt, daß der Vorstand mit dem Gesellenauschusse weiter verhandle. Herr Grüner verlangt Abstimmung durch Stimmzettel, welchem Vorschlag Herr Wörich widerspricht. Herr stellvertretender Obermeister Hoffmann widerspricht ebenfalls, daß die Umschau entwürdigend sei. Im Winter werde das Gesellenrecht befristet. Beispielpflichtigen sei Herrn Barth, daß man dafür ein Landan erlebe. Der Innungsnachweis werde gut und unparteiisch geleitet. Wenn aber keine Arbeit da sei, könne auch keine vermittelt werden. Parteipolitik solle bei der Sache beiseite gelassen werden. Ob man aber nicht doch mit Sped. Rausen fangen wolle? Auch hinsichtlich des Kostenpunktes könne man sich von der Sache keine Vorteile versprechen. Der für den Paritätischen anzustellende Geschäftsführer werde nach den Angaben des Gesellenauschusses allein schon ein jährliches Gehalt von 1800 bis 2000 erfordern. Wo eine Zusammenarbeit nicht einmal in der Werkstätte möglich sei, wo die Gesellen unter sich selbst nicht einig seien, wie man da auf einmal im Arbeitsnachweise zusammenarbeiten können? Zunächst solle man abwarten, welche Erfahrungen die Meister machen. So lange aber bei der Sache die Parteipolitik mitspielt, so lange könne nichts daraus werden. Herr Obermeister bemerkt, die ganze Angelegenheit dem Vorstande zu überlassen, der später darüber Bericht erstatten solle. Herr Altgejelle Kaufmann bleibt dabei, daß die Umschau entwürdigend sei. Es wird ihm mit allgemeinen Spitzrufen geantwortet. Die Herren Sandner, Barth und Kohle weisen es entschieden zurück, daß die Umschau als entwürdigend bezeichnet wird. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird einstimmig angenommen. Zu den vorliegenden Anträgen war mittlerweile noch ein weiterer von Herrn Hoffmann eingebracht, dahingehend, den Antrag des Gesellenauschusses bis auf weiteres abzulehnen. Ueber diesen Antrag als den weitestgehenden wurde zuerst abgestimmt und er mit allen gegen 18 Stimmen angenommen.

Die Errichtung der Innung ist begründlich, weil sie glaubt, die Innung haben aus der Regelung einen Vorteil und die Innung nicht, wenn sie den bisherigen unzureichenden Innungsnachweis zu ihrem Vorteil anerkennen können. Die Innung hat auch noch sehr erhebliche Vorteile der Umschau in Leipzig, da machen die Gesellen nicht mit. Sie sind viel zu rückständig eine Innung zu errichten zu lassen, die ihnen keinen besonderen Vorteil bringt und zu deren Regelung sie nicht durch die Gesellen-

Das zur Stärkung des Widerstandes der Unternehmer die Zersplitterung in unsern Reihen erheblich beigetragen hat, liegt klar auf der Hand, und die Ausführungen des stellvertretenden Obermeisters Hoffmann, dem wir bereits einmal durch Kampf die Arbeitsvermittlung entwunden haben, sollten uns immer in den Ohren klingen.

Sorgen wir dafür, daß wir unsere Kräfte zusammenfassen, daß wir den Unternehmern nicht das Schauspiel der gegenseitigen Bekämpfung bieten, dann nur wird es uns gelingen, den Widerstand derselben gegen alle Verbesserungen in unserm Arbeitsverhältnis zu brechen und berechnete Forderungen durchzusetzen.

Verunglückte. Vom Gerüst gestürzt ist am 27. April in Altona der Malerlehrling Wehlich aus Hamburg. Er wollte auf einem Neubau Gde. Treßowallee und Mühlstraße in der Höhe der zweiten Etage von einem Gerüst auf das andere springen. Er trat zu kurz und stürzte in die Tiefe. Mit schwerer Kopfverletzung, Arm- und Beinbrüchen mußte der Verunglückte durch die Sanitätskolonne dem Krankenhaus zugeführt werden.

Am 28. April verunglückte der Maler Ludwig Neuter in Altona, der in der Adlerstraße mit dem Streichen von Decken beschäftigt war. Er fiel von der Leiter und verstauchte sich das rechte Bein, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Barcksfeld a. d. W. Reges Leben herrschte im Frühjahr im Arbeitsgebiet der Barcksfelder Kollegen, in Bad Liebenstein. Durch den Umbau des großen Kirchhauses und die sonstigen vielen Reparaturarbeiten im Orte war eine stattliche Anzahl Kollegen aus allen umliegenden Städten vertreten. Natürlich konnten die dort zugereisten Kollegen nicht mit den ortsüblichen niedrigen Löhnen begnügt werden, so daß die Differenz zwischen den Zugereisten und Anfallsigen eine ziemlich merkliche war. Alle früheren Versuche, die im Arbeitsgebiete Liebenstein in der Regel beschäftigten Kollegen, die hauptsächlich in Barcksfeld wohnen, für die Organisation zu gewinnen, waren meistens erfolglos; die Kollegen waren eben mit ihren 88 und 40 S zufrieden, und während ihre Arbeitgeber sich der Organisation angeschlossen, hielten es diese nicht für nötig. Nun haben es jetzt aber doch eine größere Anzahl unserer Kollegen für richtig gehalten, den Weg zur Organisation zu suchen und zu finden, so daß in Barcksfeld eine Zählstelle, zu Götze gehörig, gegründet werden konnte. Auch war es durch die Organisation bereits möglich, eine kleine Lohnaufbesserung zu erzielen.

Kollegen von Barcksfeld! Haltet nun endlich an Eurer Berufsorganisation fest! Sucht die noch Fernstehenden herbeizuholen! Seht Euch in unsern neuen Agitationsbroschüren die Erfolge und Leistungen unserer Organisation an, werdet Euch klar über Zweck und Ziele des Verbandes! Bedenkt, daß sich heute alle Berufs-kategorien Interessenvertretungen durch Errichtung und Förderung von Organisationen schaffen. Der Arbeiter hat das gerade am aller-nötigsten. Ihr habt Euch eine zuverlässige Leitung gewählt. Leset Eure Verbandszeitung gewissenhaft, besucht die Versammlungen regelmäßig und pünktlich! Jeder suche seine Ehre darin, in der Organisation festzubleiben und sie mit allen Kräften stärken zu helfen!

In **Wöhren** besteht seit Jahren eine Zählstelle unseres Verbandes, die infolge der Lauheit eines Teiles unserer Kollegen aber nicht recht vorwärts kommen wollte. In einer Versammlung am 26. April, in der Bezirksleiter Gauß-Keipzig über Zweck und Nutzen der Organisation referierte, war eine Anzahl uns fernstehender Kollegen erschienen. Es stellte sich heraus, daß auch hier, wie überall, wo der Verband keinen festen Boden gewonnen hat, die Arbeitgeber die Uneinigkeit unserer Kollegen zu ihren Gunsten ausnützen, und die im Tarif vorgezeichnete Lohn-erhöhung am 1. März nicht zahlten, trotzdem sie zum Teil Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind. Beigt dieses, wie weit die Tarifstreue der Arbeitgeberverbände geht, so mußten andererseits auch unsere dortigen Kollegen zu der Ueberzeugung kommen, daß es ohne Verband keinen Fortschritt in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gibt, und es schlossen sich daher sofort fünf Kollegen unserer Verbands als Mitglieder an. Diese werden nun aber auch beherzigen, daß es im Interesse aller Berufs-kollegen liegt, den Verband nicht nur einmal dazu zu benutzen, Ordnung zu schaffen, sondern ihn dauernd anzugehören und für die Stärkung desselben unausgesetzt tätig zu sein. Ohne Kampf, ohne Opfer für die Gesamtheit — kein Fortschritt, keine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse für alle unsere Berufskollegen sowie für den einzelnen. Diese Ueberzeugung wird und muß jedem durch die Verhältnisse eingebläut werden, entgegen dem Kampfruf der Unternehmerverbände: Keine Lohn-erhöhung! Keine Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft! Niedertrampeln der wenigen Rechte, die die Arbeiter im heutigen Staatswesen haben.

In **Sondershausen** ist es zur Gründung einer Zählstelle unseres Verbandes gekommen. Nachdem von unserer Filiale Nordhausen die Fühlung mit den Kollegen in Sondershausen durch Hausagitation hergestellt worden war und die Mehrzahl ihre Bereitwilligkeit zum Beitritt zu unserm Verband, dessen Wert sie durch den Abbruch eines Tarifes bereits 1910 kennen gelernt hatten, erklärt hatten, fand am Sonntagabend eine Zusammenkunft statt, in der Bezirksleiter Kollege Graup den Zweck und Nutzen der Organisation den Erscheinenden vor Augen führte. Sieben von den acht erschienenen Kollegen traten darauf unserm Verbande bei und versprachen, weitere Werbetätigkeit zu entfalten und dafür zu sorgen, daß diesmal die Gründung auch von Dauer ist. Kollege Hande-Nordhausen erklärte, daß von Nordhausen aus alles getan werden soll, die Kollegen diesmal tatkräftig zu unterstützen, zumal Sondershausen zu dem Tarifgebiete Nordhausen gehört. Festgestellt wurde, daß die Arbeitgeber, obwohl Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, den Tarif zum größten Teil nicht ein-

halten; so werden noch Löhne von 88 S bezahlt, obgleich der Tariflohn für Gehilfen über 20 Jahre 44 S, unter 20 Jahren 42 S und für Anstreichler 40 S beträgt. Ueberstundenzuschläge werden in der Regel auch nicht bezahlt, so daß die Arbeitgeber das NichtBestehen unseres Verbandes zu ihren Gunsten ausgenutzt haben, zum Schaden der Kollegen.

Schon dieses allein dürfte zeigen, wie wertvoll ein fester Zusammenschluß in der Organisation ist; denn nur dadurch werden die Arbeitgeber veranlaßt werden, den Tarif auch in Sondershausen für die Zukunft durchzuführen und vor allem die vom 1. März 1915 ab tariflich festgelegte allgemeine Lohn-erhöhung den Kollegen auch auszugeben.

Nur durch gemeinsames Vorgehen kann die Gehilfenschaft eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erreichen, darum mögen die jetzt noch zweifelnd beiseite stehenden Kollegen alle Voreingenommenheit beiseite stellen und sich dem Verband dauernd anschließen, um auch geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Sondershausen zur Durchführung zu bringen.

Jahresbericht des 4. Bezirks.

Die im Januar begonnenen Tarifverhandlungen, denen die Aussperrung im März folgte, machten das Jahr 1913 zu einem ausgesprochenen Kampfsjahr. Gleichzeitig herrschte aber auch eine äußerst schlechte Konjunktur. Die Zahl der bei den Innungsversammlungen als beschäftigt gemeldeten Kollegen kann als Gradmesser zu deren Beurteilung dienen. Es waren Beschäftigte gemeldet in:

	Essen		Dortmund		Düsseldorf	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Am 31. Juli.....	1754	1276	1022	1018	1691	1492
Am 31. Oktober.....	1517	1189	982	855	1508	1191
Am 31. Dezember.....	1186	949	765	667	1809	1168

Dies Beispiel aus drei maßgebenden Orten dürfte allgemein zutreffen. Wenn sogar die Zahl der Beschäftigten bis zu 27 pZt. zurückgegangen ist, dürfte festgestellt sein, daß die Arbeitslosigkeit außerst schlecht war. Daß diese schlechte Zeit nicht nur die Gehilfen zu spüren bekam, geht aus einem Bericht der Innungsversammlung in Essen hervor. In dieser Versammlung wurde festgestellt, daß die Zahl der unpfändbaren Meister im Steigen begriffen ist und als Grund dieser mißlichen Verhältnisse wurden die Folgen der Aussperrung genannt. Um so weniger ist es zu verstehen, daß diese Innung beschloß, nicht nur zwangsweise die Innungsbeiträge einzutreiben, sondern auch diese unpfändbaren Meister zu veröffentlichen und der Stadt mitzuteilen, damit sie bei Vergabung städtischer Arbeiten nicht mehr zugelassen würden. So dankt man diesen braven Innungsmeistern dafür, daß sie auf Befehl ihre Gehilfen aussperrten.

Wie schon angedeutet, war das Hauptinteresse und die Haupttätigkeit der Tarifbewegung gewidmet. Es erübrigt sich, an dieser Stelle nochmals eingehend zu berichten, da der „Vereins-Anzeiger“ laufend, ja sogar bis in die jüngste Zeit, alle Vorkommnisse registrierte. Die Mittel, womit die Arbeitgeber gearbeitet haben, sind: Terrorismus durch die Zwangsinnungen, Denunzierung aller Arbeitgeber, die den Sondertarif anerkannten, bei der Kundschaf den Arbeitgeberverbänden und Großindustriellen, Entziehung des Kredit bei den Bank- und Sparkassentanten, Verweigerung des Aufstellens von Gerüsten. Wenn wir nur mit einem geringen Teil solcher Mittel gearbeitet hätten, würde es Anklagen auf Anklagen gehagelt haben. Wenn es uns trotzdem gelungen ist, 542 Arbeitgeber zur Anerkennung des Sondertarifes zu verpflichten, so ist dies ein Beweis dafür, daß auch in unserm Bezirk, trotz Nichtanerkennung des Tarifs, die Organisation einen Einfluß besitzt.

Außer der allgemeinen Bewegung sind nachfolgende Tarifverträge abgeschlossen worden:

In **Gustkirchen** wurde nach zweitägiger Arbeits-einstellung ein Tarif vereinbart, welcher den Kollegen 1,80 Lohnerhöhung pro Woche brachte.

In **Bünen** wurde ohne Arbeits-einstellung die neun-einhalbstündige Arbeitszeit und eine wöchentliche Lohn-erhöhung von 3,48, verteilt auf drei Jahre, vereinbart.

Zum ersten Male wurde in **Sinsfort** ein Tarif mit neunundfünfzigstündiger Arbeitszeit und wöchentlicher Lohnerhöhung von 2,95 abgeschlossen.

In **B.-Glabbad** wurde ein Vertrag mit 8 S Lohn-erhöhung pro Stunde vereinbart.

Für die **Kadierer bei Karosserie- und Wagenfabriken** wurde in **Cöln** und **Mülheim a. Rh.** der bestehende Vertrag mit zweistündiger wöchentlicher Arbeitszeitverlängerung und Lohnsteigerung von 6 S pro Stunde, erneuert. Des ferneren sind im Verträge nach zweijähriger Beschäftigung zwei Tage und nach vierjähriger Beschäftigung drei Tage Ferien vorgelesen.

Die **Tarifverneuerung** der Firma **Gebr. Schöndorf-Düsseldorf** brachte den Kollegen, verteilt auf drei Jahre, 6 S Lohnerhöhung.

Zum ersten Male wurde mit dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe in **Perford** ein Vertrag abgeschlossen, welcher den Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung brachte.

Für die **Möbelfabrik Rotmeier-Deilmold** fand ebenfalls eine Tarifverneuerung mit Lohnerhöhung statt.

Eine **Affordreduzierung** wurde in der **Möbelfabrik „Phönix-Werke“** in **Deilmold** abgewehrt und die alten Preise tariflich festgelegt.

Kurz vor Jahres-schluß fand eine Aussperrung in der **Möbelfabrik** statt, die vier bis sechs Tage dauerte. Durch die Tarifverneuerung sind die **Affordsätze** geregelt, Durchschnittslöhne eingeführt und die Stundenlöhne erhöht worden.

Infolge dieses Rückganges der Beschäftigten, ist naturgemäß auch ein Rückgang in der Organisation zu ver-

Jahresbericht des 5. Bezirks.

Das Jahr 1913 wurde in jeder Beziehung durch die Tarifbewegung beeinflusst, waren doch von den 168 Orten, in denen sich Filialen oder Zahlstellen unseres Verbandes befinden, 108 an Lohnbewegungen beteiligt. Während im Jahre 1912 infolge dieser bevorstehenden Tarifbewegung viele Kollegen noch den Anschluss an den Verband suchten, legte uns der diesjährige elf- bis dreizehnwöchige Lohnkampf in der Werbearbeit für den Verband gewisse Beschränkungen auf. Nach dem Kampfe war die Agitationsmöglichkeit dadurch herabgemindert, daß eine Anzahl Kollegen flüchtlich geworden war. Diese waren enttäuscht über die teilweise starken persönlichen Opfer, die sie in diesem Kampfe bringen mußten, an dem nicht alle Kollegen so intensiv beteiligt waren wie sie. Aber auch bei den übrigen Kollegen trat eine gewisse Erschlaffung ein in der Werbearbeit für den Verband, zumal die Beschlüsse der Generalversammlung in Halle nicht gleich überall das richtige Verständnis fanden. Aus allen diesen Gründen ist die Zahl der Aufnahmen wesentlich hinter der des Vorjahres zurückgeblieben. Weiter kommt noch in Betracht, daß im ganzen Bezirk mit nur wenigen Ausnahmen eine schlechte Geschäftslage vorhanden war. Viele Kollegen wurden öfter arbeitslos, die jüngeren Kollegen reisten ab und blieben teilweise in kleinen Orten hängen, wo der Verband noch keinen Boden gewonnen hat.

Diese Situation glaubten auch unsere alten Feinde in den eigenen Reihen, der „Neue Zentralverband“, für ihre dunklen Zwecke auszunutzen zu können. Diese Quertreiber veranstalteten in den verschiedensten Orten Versammlungen und traten mit den unzufriedenen Elementen in Verbindung, ohne jedoch irgendwelche greifbare Erfolge aufzuweisen zu können. In Dresden wurde auch eine sogenannte „Freie Vereinigung“ ins Leben gerufen, die circa 20 Anhänger hat und deren Zweck und Ziele in einem an die Arbeitgeber gerichteten Birkular preisgegeben sind. Darin heißt es unter anderem:

„Mit Gegenwärtigem erkübt sich obenstehende Vereinigung, den geehrten Herren Malern und Lackierern meistern Dresden und Umgebung folgenden mitzutellen (also an die Arbeitgeber will man sich halten; das charakterisiert den Geist dieser Freien Vereinigung zur Genüge): Unsere Freie Vereinigung ist rein brüderlich. Die Interessen sind nur beruflicher Art, jede Politik ist vollständig ausgeschlossen. Zwang und Terrorismus irgendwelcher Art verwerfen wir. — Unser Bestreben soll ferner sein, daß sich das gegenseitige Arbeitsverhältnis zwischen Meister und Gehilfen besser gestalte und sich beide Teile nicht, wie vielfach üblich, als Gegner und Feind betrachten. Weiter wollen wir darauf hinwirken, daß durch gemeinsame Verhandlungen langfristige Tarifverträge vereinbart werden. Lohnfragen sollen möglichst auf friedlichem Wege geregelt und Ansprüche im gegenseitigen Interesse in den Grenzen des Erreichbaren bleiben. Der wirtschaftliche Schaden steht selten im Einklang mit dem durch Kampf schließlich Erreichten. (Und dieses alles nach der Aussperrung, die von den Arbeitgebern, weil sie gar nichts zahlen wollten, vom Baune gebrochen wurde. D. Red.)

Diese gerechten Bestrebungen unserer Freien Vereinigung hoffen wir von Seiten der Herren Meister anerkannt zu sehen (es wären ja sonst auch Dummköpfe), und trotz aller Anfeindungen von gegnerischer Seite werden wir diesen unsern Zielen treu bleiben. . . . Schließlich betonen wir auf das ausdrücklichste, daß wir dem neuen Zentralverband in Leipzig vollständig fernstehen. . . . Es gilt für ausgeschlossen, daß wir uns je mit den Zielen dieses neuen Leipziger Zentralverbandes irgendwie solidarisch erklären. (Na, na! Beide haben doch nur das Ziel, die Kräfte der Kollegenchaft zu zersplittern und unsern Verband zu bekämpfen, nicht aber die Arbeitgeber.)

In der Erwartung, mit unserm Unternehmen bei den Herren Meistern Unterstützung zu finden, zeichnet hochachtungsvoll. . . . (III)

Trotz dieser und einiger anderer Zersplitterungsversuche können wir feststellen, daß der Rückgang an Mitgliedern im ganzen Bezirk nur ein geringer ist. Die Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt betrug im Jahre

Table with 2 columns: Year (1909-1913) and Member Count (7596-10100)

Die Zahl der Lackierer betrug 1830 gegen 1542 im Vorjahre, 1028 im Jahre 1911 und 811 im Jahre 1910.

Die Zahl der Filialen blieb sich gegen das Vorjahr gleich, doch trat infomeren eine Verschiebung ein, als Werbau (bisher Zahlstelle von Widau) sich selbständig machte, Neuselwitz sich hingegen an Leipzig anschloß.

Die Anzahl der Zahlstellen vermehrte sich um drei, so daß am Jahresabschluss 27 Filialen mit 189 Zahlstellen vorhanden waren. Neugründungen von Zahlstellen fanden statt in Hlöh, Sonneberg, Großbreitenbach, Suhl, Golditz, Hlöh, Sülzhayn, Rodewisch. Eingegangen sind Großlabarz, Broterode, Gardelegen, Martneufrieden und Copitz.

An Lohnbewegungen im Malergewerbe waren beteiligt 87 Tarifgebiete (108 Filial- und Zahlstellengebiete), in denen 10 926 Kollegen arbeiten. Hiervon entfallen auf die Reichstarifbewegung 75 Gebiete mit 10 467 beschäftigten Kollegen (einschließlich Hlöh mit 12 Kollegen, für das erst nach Abschluß der Aussperrung die Vorbedingungen zum ersten Tarifabschluß gegeben waren) und auf lokale Bewegungen 12 Orte mit 459 Kollegen. In 6 Orten mit 258 Kollegen, wo bisher der Reichstarif bestand, kam es nicht zum Tarifabschluß.

Für Lackierer wurden erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt in 7 Orten für 12 Firmen mit 212 Beschäftigten.

In Wauzen wurde bei der Firma Rowad, Wagen- und Autofabrik, ein Vertrag abgeschlossen, der im Laufe von drei Jahren eine Arbeitszeitverkürzung von vier Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 5 % brachte (3, 0, 2 %) für 22 Kollegen.

In Leipzig wurde der Vertrag mit den Wagenfabriken Drehschneid, Seegers, Trebitz und Bichau erneuert und brachte der neue Vertrag eine Arbeitszeitverkürzung von

1 1/2 Stunden und eine Lohnerhöhung von 10 % (7, 1, 2 %) für 42 Kollegen.

In Werbau, Sächsische Waggonfabrik, wurden die Grund- und Einstellungslohne für 88 Kollegen um 3 bis 4 % pro Stunde erhöht.

Dort erhielten nach fünfwöchigem Kampfe auch 6 Kollegen der Firma Dittes eine Lohnzulage von 4 % (2, 2 %) nebst einer Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche.

In Bischofsberga wurde für die Möbel-lackierer der Firma Pester ein Vertrag abgeschlossen, der für 16 Kollegen eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche und eine Lohnerhöhung von 6 % (2, 2, 2 %) brachte.

In Günnersdorf wurde mit zwei Firmen für 18 Möbel-lackierer ein Vertrag abgeschlossen, der ebenfalls 6 % (2, 2, 2 %) Lohnerhöhung brachte.

In Gera wurde entsprechend den Bedingungen im Holzgewerbe bei der Firma Wilmann, Schulmöbelfabrik, für 6 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 6 % (4, 2 %) vertraglich festgelegt.

In Arnstadt erhielten bei der Firma Ley 20 Kollegen eine Zulage von 3 %.

Auf eine Umfrage berichteten 126 Orte mit 7096 organisierten Kollegen. Danach fanden statt: 115 öffentliche, 1882 Mitglieder, 60 Lackierer, 466 Werkstoff- (374 für Maler, 82 für Lackierer) und 71 Bezirksversammlungen, 890 Vorstands-, 129 erweiterte Vorstands- und 57 Werkstoff-delegiertenversammlungen, 12 Filialkonferenzen und 244 Hausagitationen. — Der Versammlungsbesuch ließ fast allgemein zu wünschen übrig. In den Zeiten der Lohnbewegung war das Interesse der Kollegen für den Versammlungsbesuch vorhanden und bezifferte sich die Besucherzahl im Höchstfalle auf 6571 in allen diesen Orten zusammen, hingegen betrug die geringste Besucherzahl 1409 und der durchschnittliche Versammlungsbesuch wurde auf 2761 angegeben. In den Kreisen unserer Kollegen scheint der Versammlungsbesuch vielfach als eine Belastung empfunden zu werden, daher diese schwache Beteiligung. Und doch brauchen gerade wir auch die Mitarbeit der Kollegen in den Versammlungen sehr notwendig, fehlt uns sonst doch infolge unserer zerrissenen Berufsverhältnisse die Möglichkeit, mit der Kollegenchaft in näherer Fühlung zu bleiben. Durch diese Interesslosigkeit im Versammlungsbesuch wird es nur möglich, daß große Kreise unserer Verbandskollegen so verständnislos den Bedürfnissen unserer Verbandsgegenüberstehen, da sie von dem internen Verbandsleben keinen richtigen Begriff haben können. Darum muß es unsere Pflicht sein, den Versammlungsbesuch zu heben. — Die Hausagitation wurde allgemein achtungsvoll vorgenommen.

Das Vertreterkongress, § 4 Absatz 9 des Verbandsstatuts, wurde eingeführt in Leipzig, Halle, Gotha und Blauen. Hierdurch wird auch in diesen großen Filialgebieten ein gutes Zusammenarbeiten mit den Zahlstellen für alle Zukunft möglich sein.

Der Bezirksleiter war an 140 Tagen auswärts im Bezirk tätig. Außerdem waren noch 9 Kollegen an 38 Tagen im Bezirk tätig. Der Bezirksleiter nahm außerdem teil an den allgemeinen Tarifverhandlungen, einer Haupttarifankündigung, 3 Generalversammlungen mit Kommissions-sitzungen, 2 Beirats-sitzungen und 2 Gautarifsitzungen. Insgesamt war er an 197 Tagen auswärts beschäftigt. — Korrespondenzen wurden erledigt 1440 Eingänge und 1878 Ausgänge. Th. Gaup, Leipzig.

Jahresbericht des 6. Bezirks.

Die Aufgaben der Agitationskommission im Jahre 1913 betrafen naturgemäß und in erster Linie die Tarifbewegung. Wie in ähnlicher Situation im Jahre 1908 und 1910 wurde durch diese die Agitation erheblich zurückgedrängt und zeitweise ganz unmöglich gemacht. Auch nach Beendigung der Tarifbewegung war eine aussichtsreichere agitatorische Betätigung nur noch in beschränktem Maße möglich. Wie üblich, wurde nochmals mit einer Herbst-agitation eingeseht und in den meisten Orten durch Mit-glieder-versammlungen, in einigen Filialen auch durch Verbreitung eines Flugblattes anregend und belebend zu wirken versucht.

Zur Abhaltung von Versammlungen in sechs größeren Filialen wurde noch Kollege Streine herangezogen; die Versammlungen waren in einigen Orten gut, im allgemeinen mittelmäßig besucht, nur in einem Falle mußte über wirklich schwachen Besuch geklagt werden. Die sehr früh einsetzende Arbeitslosigkeit unter den Kollegen ermöglichte aber nur noch bescheidene Erfolge.

Eine besondere Tätigkeit wurde noch gegen Schluß des Berichtsjahres bei der Lackiereragitation entfaltet und im Zusammenhang damit beschlossen, in den bedeutenderen Industriegebieten besondere Lackiererkonferenzen abzuhalten; außerdem durch eine erneute Erhebung die Entwicklung der Lackierbetriebe und die in Betracht kommenden Beschäftigten festzustellen.

Neue Filialen konnten im Berichtsjahre nicht gegründet werden, die seitherige Filiale Randau ist aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Mannheimer Verwaltungsgebiet einverleibt worden. Neue Zahlstellen wurden errichtet in Pehl, Klein-Laufenberg a. Rh., Deutsch-Oth, Schilligheim und Emmendingen; die Zahl der Orte mit Einzelmitgliedern hat sich durch Verzug zahlreicher Mitglieder nach kleineren Landorten ziemlich vermehrt. Fünf Zahlstellen sind eingegangen.

Die Tarifbewegung nahm naturgemäß im Berichtsjahre den breitesten Raum in Anspruch, sie kann an dieser Stelle nur kurz gewürdigt werden.

Von den 62 Orten, für die wir Forderungen gestellt hatten, kamen vor dem Gau- und Haupttarifamt nur 54 Lohngebiete zur Verhandlung, die übrigen schieden zunächst aus. Durch die nun abgeschlossenen Verträge sind 41 dieser Gebiete mit 4845 Beschäftigten endgültig erledigt, 14 kleinere Orte mit 334 Beschäftigten haben am Jahresabschluss noch kein Tarifverhältnis. In 4 Gebieten sind örtliche Sonderverträge abgeschlossen.

In 4 Orten konnte die Lohnerhöhung über den Schieds-spruch hinaus gehiebert werden, in 1 Orte wurde eine günstigere Verteilung der Lohnerhöhung vereinbart und in einem weiteren Orte eine über den Schieds-spruch hinausgehende Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde während des Kampfes durchgeführt.

zeichnen. Aber auch die lange Aussperrung hat an der Schwächung der Organisation beigetragen, weil ein beträchtlicher Teil unserer Mitglieder sich selbständig gemacht hat und ein anderer Teil während des Kampfes fahrlässig geworden ist. Ferner hat es Kollegen gegeben, welche die auf der Generalversammlung in Halle gefassten Beschlüsse als Grund zum Verlassen der Organisation angesehen. Weil unsere Werbetätigkeit durch die Aussperrung gehemmt war, mußte auch die Zahl der Neuaufnahmen hinter denen der Vorjahre zurückbleiben. Auch blieben infolge der Sperrung des vierten Bezirks die Bureisenden aus, wodurch neues pulstierendes Leben ausblieb. Im allgemeinen kann man aber mit dem Bestand zufrieden sein, da er im wesentlichen nicht unter das Jahr 1911 zurückging und sich hiermit in denselben Bahnen wie in den früheren Krisen-jahren bewegte.

Von dem statutarischen Recht, während der Arbeitslosigkeit Beitragsfreie Marken zu Heben, ist im Berichtsjahre in erhöhtem Maße Gebrauch gemacht worden. Die Zahl der gehobenen Beitragsfreien Marken ist im letzten Jahre um 1420 gestiegen. Die Beitragsleistung ist wieder etwas besser geworden, wenn sie auch noch nicht voll befriedigen kann.

Durch die Beschlüsse der Generalversammlung und Einführung des Einheitsbeitrages ist eine gewaltige Verschiebung in der Beitragsfestsetzung erfolgt. Durch diese neue Festsetzung der Beiträge ist in den meisten Fällen eine Verschlechterung der Filialeinnahmen eingetreten. Einen Solalzuschlag von 10 % die Woche zahlten im Jahre 1912 nur 17 pSt., im Jahre 1913 aber 8,2 pSt. aller Mitglieder. Solalzuschlag von 15 % die Woche wurde im Jahre 1912 von 9,8 pSt. und im Jahre 1913 von 8,1 pSt. bezahlt. Im Jahre 1912 wurde von 78,8 pSt. der Mitglieder 20 % pro Woche Solalzuschlag bezahlt, dagegen 1913 nur noch von 61,8 pSt. Einen Solalzuschlag von 25 % zahlten 1913 nur noch 2,9 pSt., den im Jahre 1912 noch 15,1 pSt. aller Mitglieder zahlten.

Wie schon im vorigen Jahre mitgeteilt wurde, hat sich die Filiale Götzen der Arbeitslosenversicherung der Stadt Götzen angeschlossen. An Beiträgen müssen wir für die Kollegen im Bauberuf 15 % und für die Kollegen in der Lackiererei und in Fabriken 5 % pro Mitglied und Woche an die Stadt abführen. Als Unterstützung wird nach sechs Warte-tagen pro Tag M. 1,50 in der Gesamthöhe von M. 90 gewährt. Von diesen M. 1,50 Tagegeldern zahlt die Stadt M. 1,20 und die Filiale 30 %. Im Berichtsjahre wurde in 662 Fällen für 5948 Tage M. 8178,46 Unterstützung ausbezahlt. Die Filiale mußte M. 1718,85 Zuschuß zu obiger Summe leisten. An Beiträgen führte die Filiale M. 8842,08 an die Stadt ab, wofür die Stadt M. 3112,54 Arbeitslosenunterstützung mehr zurückerstattete. Die tägliche Kontrolle wird von einem Beamten der Versicherungs-kasse ausgeübt, dagegen erfolgt die Auszahlung der Unterstützung durch die Organisation.

Die Agitation konnte, wie schon erwähnt, infolge des Kampfes nicht so betrieben werden, wie es notwendig gewesen wäre. Alle verfügbaren Kräfte waren zur Aufklärung und Ausnutzung der Situation unbedingt notwendig. Eine Miesenarbeit war es, unsern Kollegen bereitwillig zu machen, warum wir uns auf die Abwehr beschränken mußten. Nach der Aussperrung konnte auch wenig für die Agitation getan werden, weil durch die Nichtanerkennung des Reichstarifcs weitere Aufklärungsarbeit geleistet werden mußte. Außer den Aufklärungs-versammlungen, welche für unsere Mitglieder stattfanden, wurden nach Beendigung der Aussperrung eine Reihe öffentlicher Versammlungen mit der christlichen Organisation gemeinschaftlich abgehalten. Diese Versammlungen, welche zum größten Teil gut besucht waren, brachten zum Ausdruck, daß beide Organisationen auch fernerhin gewillt sind, zur Erreichung des Zieles, Anerkennung des Reichstarifcs, geschlossen zusammen zu gehen. Zur Aufklärung wurde ein Flugblatt: „Der Kampf im Malergewerbe muß in Rheinland und Westfalen weitergeführt werden“ gemeinschaftlich herausgegeben. Nach Beendigung der Aussperrung gab die Bezirksleitung ein Flugblatt: „Mit frischem Mut zu neuer Tätigkeit“ heraus, das in 10 000 Exemplaren im Bezirk verteilt wurde.

Im Berichtsjahre fanden im Bezirk 104 Mitglieder- und 11 öffentliche Versammlungen statt, wozu durch die Agitationskommission ein Referent gestellt wurde. Außer dem Bezirksleiter referierten in 61 dieser Versammlungen sechs Kollegen aus dem Bezirk und Kollege Streine-Hamburg. Ferner hielt der Bezirksleiter 49 Sitzungen und Vorträge, 5 Revisionen und 7 Konferenzen ab. Eine Kontrolle während der Aussperrung fand 81 mal statt. Die Einholung von Informationen und die Teilnahme an den Tarifverhandlungen und anderes nahm viel Zeit in Anspruch. Mit dem Mund deutscher Dekorationsmaler wurde 2 mal und mit sonstigen Arbeitgebern 17 mal verhandelt. Die Tätigkeit des Bezirksleiters erforderte die Abwesenheit an 237 Tagen.

Die Korrespondenz umfaßte 1001 Posteingänge und 1638 Postausgänge.

Wir blicken auf ein arbeitsreiches Jahr zurück und können mit Genugtuung konstatieren, daß unsere Kollegen während der langen Aussperrung ihren Mann gestanden haben. Wenn es uns trotzdem bisher nicht gelungen ist, die Arbeitgeber zur Anerkennung der Schieds-sprüche zu zwingen, so können wir doch feststellen, daß fast in allen Orten die zum Teil in großer Zahl abgeschlossenen Sonder-tarife als Grundlage der Bezahlung dienen. Weiter können wir feststellen, daß die Handlungsweise der Arbeitgeber nur dadurch möglich gewesen ist, weil sie eine große Unterstützung durch die Schiedsmänner der übrigen Berufe und Industrie erhielten. Auch besorgten alle die Gehilfen die Geschäfte der Arbeitgeber, welche sich unolidarisch gegenüber ihren Kollegen benahmen. Daß trotz der vielen unorganisierten Kollegen es dem Arbeitgeberverband nicht gelang, eine gelbe Gewerkschaft der Malergehilfen zu gründen, ist ein Beweis dafür, daß es uns bei eifriger Agitation gelingen muß, diese Kollegen unserer Organisation zuzuführen; denn sie gehören zu uns. Restlose Stärkung unserer Organisation wird dazu beitragen, daß das im vorigen Jahr nicht Erreichte in diesem Jahr erkämpft wird. Otto Buchelt, Götzen a. Rh.

Der Postverkehr betrug: Eingänge (ohne Zeitungen) 1068 (Vorjahr 858), Ausgänge 1668 (Vorjahr 1101).
 Somit zeigt die Tätigkeit der Agitationskommission, daß 1913 ein Jahr angestrengtester Arbeit war: ein Sturmjahr in des Wortes vollster Bedeutung. Ein Jahr, wo nicht nur der größte Kampf im Verufe auszufechten war und die Gelüste der Scharfmacher gleich beim ersten Treffen aufs schärfste zurückzuweisen waren, sondern auch ein Jahr, wo innerhalb der Organisation eine nie gekannte Umwälzung vor sich ging durch die Beschlüsse der Generalversammlung, die ein Problem zur Lösung brachte, dessen Notwendigkeit wohl gerade der strenge Winter jedem Kollegen zum Bewußtsein gebracht haben wird. Eine bedeutende Aenderung in der Organisationsverfassung, eine ebenso bedeutende Aenderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein in Ehren bestandener und mit vollem Erfolg abgeschlossener Kampf; dazu eine Geschäftskrise, die Tausende unserer Kollegen unbarmherzig aufs Pflaster warf — das ist die Signatur des Jahres 1913. Die Organisation ist diesen Kämpfen gewachsen gewesen, und ferner haben diese Ereignisse gefordert, daß mit außerordentlicher Klarheit jedem Kollegen sich einprägen wird: der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Von diesem Gedanken ausgehend, wird auch die Agitationsarbeit des neuen Jahres beschränkt werden müssen und die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses demonstriert werden können. Daher an die Arbeit mit allen Kräften! **Otto Meyer, München.**

Gewerkschaftliches.

Der Lösserverband im Jahre 1913. Der soeben erschienene Jahresbericht dieses Verbandes spiegelt recht deutlich die bevorstehende Krise wider, unter der ganz besonders das Baugewerbe im verflochtenen Jahre zu leiden hatte. Der größte Teil der Mitglieder des Lösserverbandes wurde von Arbeitslosigkeit sehr stark betroffen; viele Berufsgenossen wurden deshalb auch in andere, besser beschäftigte Berufe abgedrängt. Vor allem dieser letzte Umstand bildet die Ursache eines verhältnismäßig starken Mitgliederrückganges. Im Jahre 1912 betrug die Durchschnittsmittgliederzahl des Lösserverbandes 12 057, sie verminderte sich im Jahre 1913 auf 10 882.

Trotz geringerer Einnahmen, aber starker Ausgaben für Unterstützungen, ist jedoch der Stand der Kasse ein befriedigender. Am Jahreschlusse befanden sich in der Hauptkasse **M. 865 672**, in den Zahlstellen **M. 18 159**, so daß das Verbandsvermögen **M. 878 832,78** betrug. An größeren Ausgabenposten sind zu erwähnen: Wander- und Reiseunterstützung **M. 16 472**, Krankenzuschüsse **M. 66 115**, Arbeitslosenunterstützung **M. 69 288**. Die Krankheits-tabelle zeigt, wie immer, die alte Zusammenstellung. Die meisten Erkrankungsfälle betreffen Erkältungs- und Lungenleiden. So werden 585 Erkrankungsfälle an Rheumatismus, 208 an Lungenleiden, 293 Infuenza-, 252 Mägen- und Darmleiden, 183 Nerven- und Brustleiden, 222 Magen- und Darmleiden, 183 Nerven- und Brustleiden, 222 Magen- und Darmleiden gemeldet. Außerdem 898 aus Verletzungen resultierende Erkrankungen. Das Bild kennzeichnet treffend die schlechten sanitären Gesundheits- und Unfallverhältnisse auf Bauten und in den Lössereien. Die Arbeitslosentabelle zeigt ein betrübendes Bild. Nicht weniger als 878 928 Arbeitslosentage sind für das Jahr 1913 festgestellt worden! Das ergibt auf das Mitglied 14,78 Arbeitslosentage! Erwägt man dabei, daß die Scheidentöpler nur ganz verschwindend und die in Ofenfabriken beschäftigten Lösser im allgemeinen selten der völligen Arbeitslosigkeit ausgeheft sind, weil hier bei Betriebsbeschränkungen Entlassungen weniger, dafür aber erhebliche Beschränkungen in der Maximalverdienstgrenze des einzelnen festgesetzt werden, dann kann man ermaßen, in welcher ungeheurer Weise die Ofensekter unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Hinzu kommt, daß ein allig erschöpfendes Bild über die Arbeitslosigkeit in den weitestgehenden Zahlen noch gar nicht ausgedrückt ist, denn eine ganze Anzahl der Verbandszahlstellen kann sich noch nicht daran gewöhnen, sich an den statistischen Quartalsberechnungen zu beteiligen.

Für Streiks- und Gemahregelunterstützung im eigenen Verufe gab der Verband **M. 28 961** aus. Auch hier spiegelt die Tabelle den schlechten Beschäftigungsgrad im Lössergewerbe wider; denn von den 59 geführten Bewegungen waren 28 Abwehrbewegungen. An den Gesamtbewegungen waren 8949 Personen beteiligt. Erfolgreich verliefen 44, teilweise erfolgreich 7, erfolglos 6 Bewegungen. Erreicht wurden für 514 Beteiligte 1084 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 1196 Beteiligte **M. 2306** Lohnerschöpfung wöchentlich. Sonstige Verbesserungen erreichten 688 Beteiligte. 98 Personen wehrten eine Lohnkürzung von **M. 229** wöchentlich ab. Für Verke, wo eine Lohnkürzung seit eingetretten ist, weil die Gehälter einen von den Unternehmern vorgelegten reduzierten Tarif nicht akzeptieren konnten, wird der durch den tariflosen Zustand erzeugte Lohnverlust auf **M. 4271** wöchentlich für 1483 Beteiligte berechnet. — Der Bericht gibt der Ansicht Raum, daß die Krise im Baugewerbe allem Anschein nach ihren Höhepunkt überschritten hat und wieder eine langsam steigende Kurve in der Bautätigkeit zu beobachten ist.

Genossenschaftliches.

Ein Wort über das Konsumgenossenschaftswesen. Mit einigen kräftigen Worten zeichnet Dr. med. Georg Zrodde in einem von ihm verfassten Buche die Notwendigkeit der Konsumgenossenschaftlichen Organisation. Das Buch handelt vom gesunden und kranken Menschen. Der Verfasser sucht nach Wegen für die wirkliche Hilfe aus sozialer Not. Es sei keine Frage, daß das letzte Jahrhundert namenloses Leid über die Menschen gebracht habe. Bei der Betrachtung vieler tausend Wege, die aus der Not herauszuführen versprechen, erscheinen dem Verfasser nur drei als gangbar, die sich an einem bestimmten Ziel vereinen. Den ersten sieht er in der Sorge für die Mütter. Die Frauenarbeit sei eine Geldfrage. Alle Wege, die dem Mann besseren Lohn verschaffen, seien gut und führen zur Gesundheit der Mütter und damit des

Menschengeschlechts. Die zweite Notwendigkeit sei die Sorge für das eigene Heim. Hier vertritt der Verfasser die Ziele der Bodenreform und der Innenkolonisation. Der dritte Weg führe über die Sicherung der Nahrung und Nahrung des Leibes und der Seele. Hier bemerkt der Verfasser:

Auch dazu ist der Weg gebahnt in den Konsumgenossenschaften. Man lasse das alberne Geschrei über die sozialdemokratische Tendenz der Konsumvereine. Es ist eine Lüge. Jeder, ausnahmslos jeder gehört in die Konsumgenossenschaft hinein, und wenn ein jeder darin ist, so ist kein Sozialdemokratie keine Rede mehr. Aber wer mit der Angst der Menschen spekuliert und mit roten, schwarzen, blauen und gelben Gespenstern arbeitet, hat immer gewonnenes Spiel. Die Angst ist der innere Kern des Menschen, aber gerade die Genossenschaft erlöset ihn von dem Zwange der Angst. Genossenschaftlich war das Leben der Vorfahren, so zu leben, ist escht deutsch.

Das sind drei Wege, die ich kenne und schätze, auf allen andern wird Geld und Mühe verschwendet im Verhältnis zu dem, was erreicht wird.

Hier hat der Verfasser die Notwendigkeit zur Konsumgenossenschaftlichen Organisation treffend geschildert. Manchen klugen Leute, die da halb aus Angst, halb aus Niedertracht die Konsumgenossenschaften als politisch verdächtig erscheinen lassen wollen, sei die Lektüre des Buches „Vom gesunden und kranken Menschen“ warm empfohlen.

Der Profit ist Kampfbjekt. Wer es noch nicht gewußt hat, kann nun mit aller Bestimmtheit erfahren, um was sich der Schokoladenkrieg in der Schweiz dreht. Die Schokoladenfabriken stellen an die Verbraucher, besonders an die Konsumvereine Forderungen, die unmöglich zu erfüllen waren. Jetzt erfährt die Öffentlichkeit etwas über die Gewinne einiger Schokoladenfabrikannten, die das Erstaunen über die maßlosen Forderungen der Fabrikannten an die Konsumvereine noch vergrößern. Es läßt sich der Gedanke nicht abwenden, daß vielleicht in den größeren Gewinnen aus kapitalistischen Unternehmungen der gesteigerte Reiz zur Erlangung noch größerer Gewinne liegt. Die sehr bekannte Schokoladenfabrik von Peter, Cailler & Kohler erzielte im Jahre 1913 einen Reingewinn von beinahe 2 Millionen Mark. Den Aktionären konnten 14 pht. Dividende und den Inhabern von Genussscheinen ungefähr **M. 8** für jeden Schein ausbezahlt werden, dazu kamen noch weit über **M. 10 000** für Vergütung an den Verwaltungsrat. Allein für Anzeigen und Reklame gab die Firma etwa 10 Millionen Mark aus. Die Kosten für Reklame werden sicher einige Millionen betragen haben. Wer diese Unsummen bezahlt, liegt klar auf der Hand: der Verbraucher zahlt Dividende, Verwaltungslosten, Reklame und alles, was sonst noch dazu gehört. Diese Gewinne hielten aber die Herren Schokoladenfabrikannten nicht ab, den Versuch zu unternehmen, die Konsumenten wirtschaftlich so zu knebeln, daß von einem Mitbestimmungsrecht der Konsumenten beim Kauf ihrer Waren nicht mehr hätte geredet werden können. Damit bei der Geschichte auch der Lohn nicht fehle, wurden die Forderungen der Schokoladenfabrikannten damit begründet, an der Schokoladenfabrikation werde nicht mehr genügend verdient.

Wenn etwas geeignet ist, die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Verbraucherkräfte aufzuzeigen, so sind es die Vorgänge in der Schweiz. Auf der einen Seite glänzende Profite und die hier noch immer größerem Gewinn, auf der andern Seite die an und für sich mittellosen Verbraucher, aber erfreulicherweise entschlossen, mit Hilfe ihrer starken Organisation der Profitsucht eine Grenze zu setzen.

Vom Ausland.

Kroatien. Nach Ugram muß der Buzug von Malern, Anstreichern und Lackierern streng ferngehalten werden.

Bosnien. In Sarajewo sehen die Kollegen in einer Lohnbewegung.

Der zehnte Verbandstag des Ungarländischen Malerverbandes

fand vom 12. bis 14. April in Budapest statt. 48 Delegierte waren anwesend. Vom deutschen, finnischen, schweizerischen, holländischen und kroatischen Bruderverband waren Begrüßungsschreiben etingegangen; der österreichische Bruderverband war durch Kollegen Böhm-Wien, der dänische durch Kollegen Poulsen-Kopenhagen und der schwedische durch Kollegen Hagman-Stockholm vertreten. Kollege Friedr. Donath begrüßte die in den Lokalitäten der Ortsgruppe des siebten Bezirks versammelten Delegierten zum zehnten Verbandstag der Kollegenschaft. Er warf einen Rückblick auf die Erfolge, Kämpfe und die Tätigkeit des zehnjährigen Verbandes, gedachte dann der großen Taten der internationalen Arbeiterbewegung der letzten zwei Jahre und erklärte den Verbandstag als eröffnet. Hierauf erfolgte die Wahl der einzelnen Kommissionen. Donath unterbreitete der Obmann, Kollege Donath, den Delegierten den Vorstandsbericht. Er wies auf den vorliegenden umfangreichen Bericht, der über die Entwicklung des Verbandes einen ausführlichen, zahlenmäßigen Aufschluß erteilt, hin. Trotz der schweren wirtschaftlichen Krise, die in den letzten Berichtsjahren uns heimgesucht, hat die mit einem großen Apparat geführte Agitation jeden Rückschlag hintangehalten.

Der Verbandstag verlagte hierauf seine Beratungen, um an der Gründungsfeier des Verbandes, die im Festsaal des Bauarbeiterheims stattfand, teilzunehmen. Nachmittags wurden die Beratungen fortgesetzt.

Den Sekretärsbericht erstattete Kollege Freund. 1912 wurde bekanntlich beschlossen, daß der Verbandstag alle zwei Jahre tagen soll. Die letzten Beschlüsse sind alle durchgeführt worden, namentlich die Umänderung und die damit verbundene Schöpfung der Beiträge vom Jahre 1912 konnte ohne jede Erschütterung vollzogen werden. Ja, der Mitgliederstand erhöhte sich sogar von 1509 im Jahre 1911

auf 2280 im Jahre 1912. Die Provinz hat 1913 Budapest überflügelt und ruht heute die absolute Majorität in Händen der Provinzialfialen. Das 1912 geschaffene neue Verwaltungsreglement und die Einführung der Kronenunterstützung seit dem 1. November 1911 haben sich gut bewährt. Redner schilderte eingehend die Tätigkeit der Verbandsarbeitsnachweise. Der Verbandsvorstand, der 1912 16 Leitungs- und 7 Präsidialstungen abhielt, hat sich mit der einheitlichen Landesagitation und dem systematischen Aufklärungsunterricht der Mitglieder sehr eindrucklich befaßt. An Agitation wurden 1924, an Unterricht 885 Kronen verausgabt. In Budapest sind die wissenschaftlichen Vorträge und der Unterricht schon ziemlich gut geregelt. Die Agitation erstreckt sich schon einheitlich über das ganze Land. Die fast noch nie dagewesene große Arbeitslosigkeit des Jahres 1913 hat das Anspannen aller Kräfte erfordert, um einerseits einen Rückgang der Mitgliederzahl zu können. Es ist uns aber gelungen, unsern Bestand zu behaupten, ja, sogar fünf neue Ortsgruppen zu errichten. Die Unterstützungen in allen Zweigen sind gegenüber dem Vorjahre bedeutend gestiegen. Nachdem Redner noch die innere Tätigkeit des Zentralbureaus, die internationalen Beziehungen des Verbandes usw. skizziert hatte, ersuchte er um die Entlastung des Vorstandes.

Den Kassenbericht gab Kollege Klenz. Die Einnahmen des vergangenen Jahres betrugen 28 422,41 Kronen, die Ausgaben 16 280 Kronen, so daß am 1. Januar 1914 ein Kassenbestand von 10 102,13 Kronen in der Hauptkasse vorhanden war; das Reinvermögen betrug 34 158,98 Kronen. Namens der Kontrollkommission berichtete Kollege Koller. Bücher und Belege wurden geprüft und alles in bester Ordnung befunden. Er ersuchte, die Entlastung zu erteilen. Den Bericht schloß sich eine rege Debatte an. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Bei der sich anschließenden Neuwahl des Vorstandes wählte man mit großer Majorität die bisherigen Funktionäre wieder. Obmann Donath dankte im Namen der gewählten Vereinsleitung für das erwiesene Vertrauen.

Am zweiten Verhandlungstage erstattete der Verbandsanwalt Dr. Gega Ujlaky seinen Bericht. Die ihm zugewiesenen Angelegenheiten konnten in 84 Fällen von 100 zugunsten der Mitglieder erledigt werden. Rechtsverletzungen ließen sich die Arbeitgeber in der letzteren Zeit weniger zuschulden kommen, da sie wissen, daß der Verband seinen Mitgliedern neben dem Tarifgericht auch tatkräftigen juristischen Schutz bietet. Redner ist schon seit neun Jahren Anwalt des Verbandes und hat demnach sowohl in politischen wie in wirtschaftlichen und Krankentassenangelegenheiten wichtige Entscheidungen zugunsten der Mitglieder bei den zuständigen Behörden erzielt. In Sachen der Bewegung gegen das Bleiweiß, Schutz gegen Berufsunfälle und für die Forderung sachmännischen Gewerbespektors machte Redner entsprechende Vorschläge, die alle dahin kulminieren, eine Bewegung zu entfachen, um ins neue Streitgesetz respektive in neue Tarifverträge die diesbezüglichen Forderungen der Kollegen aufnehmen zu können. Der Verbandstag nahm die Vorschläge an.

Sodann referierte Kollege Szell über das Arbeitsvermittlungsreglement. Seine Abänderungsvorschläge gelangten zur Annahme und treten am 1. Mai dieses Jahres in Kraft.

Zur Umänderung des Verwaltungsreglements über die Unterstützungen referierte Kollege Freund. Die rechtmäßigen Unterstützungen sollen keinesfalls geschmälert werden; aber die Bestimmungen des Reglements von 1912 haben sich als lächerhaft und dehnbar erwiesen. Die Unterstützungsberechtigung soll — wie in allen andern Ländern — nach eingezahlten Wochen festgestellt werden und soll demnach das Reglement nicht von einem Kalenderjahr Mitgliedschaft, sondern von 52 eingezahlten Wochen sprechen. Redner wies auf seine Abänderungsvorschläge, die im Druck vorliegen, und bat um Annahme derselben. Die Unterstützungsdauer und die Höhe der Unterstützung bleiben unberührt; nur die unrechtmäßigen Rechtsansprüche, die aus der unklaren Verfügung des Reglements erwachsen, muß der Verbandstag heute in ungewandelter Weise zurückweisen.

Bezüglich der außerordentlichen Unterstützung empfahl Redner, solche Gesuche eingehender zu prüfen und Unterstützungsansprüche, die als ungerechtfertigt erscheinen, ohne weiteres zurückzuweisen. Außerdem soll aber der Vorstand separat beauftragt werden, je nach dem Stande der Zentralkasse einmal im Jahre, und zwar in den Wintermonaten, alle jene bezugsberechtigten Kollegen im ganzen Lande zu unterstützen, die einer Stütze dringend bedürfen.

Die Regeln der Reiseunterstützung bleiben unberührt, hingegen empfahl Redner die Erhöhung der Beerdigungsunterstützung, und zwar pro Bartejahr mit je 10 Kronen.

Nach sehr eingehender Diskussion nahm der Verbandstag gegen wenige Stimmen alle Vorschläge des Referenten an. Die neuen Aenderungen treten am 1. Mai dieses Jahres in Kraft.

Die Berufungskommission erstattete hierauf ihren Bericht in Sachen des Kollegen Berger. Die Kommission stellte fest, daß Berger sich eine Unregelmäßigkeit in den Arbeiten des Zentralbureaus zuschulden kommen ließ und seine Entlassung als gerechtfertigt erschien. Die Kommission empfahl, er möge sich zumindest bis zum nächsten Verbandstag von jeder führenden Position zurückhalten, soll aber als stiller Kämpfer unentwegt weiter tätig sein.

Der Verbandstag beschloß gegen sieben Stimmen im Sinne der Unterbreitung; Kollege Berger erklärte, den Beschluß zur Kenntnis zu nehmen und sich dem zu unterwerfen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Wahl der Bureauangestellten, berichtete Donath, daß der Vorstand im März 1913 den Kollegen Freund als Sekretär gewählt habe, der seinen Obliegenheiten bisher pünktlich und mit Sachkenntnis nachkam. Er empfahl nun seine definitive Anstellung. Kollege Bösz als zweiter Beamter soll auch weiterhin in provisorischer Anstellung bleiben, zumal ja im Bureau auch Kollege Szell als Angehüllter des Fachblattes tätig ist.

Der Verbandstag beschloß einstimmig in diesem Sinne. Zum Punkt: „Arbeitslosenunterstützung“ referierte Kollege Donath. Der Vorstand hat sich schon des öfteren

mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung befaßt, hat schon verschiedene Berechnungen aufgestellt, doch fielen dieselben bisher ungünstig aus. Medner schilderte die Versuche der Arbeiterorganisationen in dieser Richtung und brachte schließlich eine Resolution ein, laut welcher der Vorstand beauftragt wird, dem nächsten Verbandstag ganz klare die bezügliche Unterbreitungen und Berechnungen zu machen und zur Debatte zu stellen. Die Erfahrungen der letzten Jahre drängen immer mehr und mehr zur Lösung dieser Frage, und sie muß auch in unserm Beruf schließlich und endlich doch durchdringen. Es wurde demgemäß beschlossen.

Über die vorliegenden Anträge referierte Kollege Berger. Von den zur Annahme gelangten haben wir hervorzuheben: Die Reglemente sollen auch in deutscher Sprache herausgegeben werden; am 31. Mai und 1. Juni soll im ganzen Lande eine allgemeine Agitation zur Werbung von Mitgliedern veranstaltet werden und am 28. und 29. Juni soll eine allgemeine Landesstatistik über die ungarischen Verhältnisse im Malexergewerbe nach jeder Richtung hin zur Erhebung gelangen.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Kollege Donath dankte den Delegierten für ihre Mitarbeit und den anwesenden Gästen für ihr Erscheinen und sprach die Hoffnung aus, daß die gefassten Beschlüsse zum ferneren Gedeihen des Verbandes beitragen mögen.

Fachtechnisches.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei.

Gebrauchsmuster: Nr. 9. 597 596. Vorrichtung zur Vinfelführung bei unterteilten Vinseln. Friedr. Schmal, Bochum. Ang. 18. 3. 14. — Nr. 75 c. 597 601. Mal- und Zeichentafeln. Max Galler, Leipzig-Plagwitz. Ang. 18. 3. 14. — Nr. 75 c. 597 926. Hermetischer Farbdosen-Verschluss. Franz Cubr, Lobositz a. d. E., Böhmen. Ang. 23. 3. 14. — Nr. 75 c. 597 937. Vorrichtung zum Falten von Malerschablonen. Emil Böhm, Steinigtivollmardorf b. Bauen. Ang. 24. 3. 14.

Erteilte Patente: Nr. 22g. 273 718. Apparat zum Reinigen gebrauchter Öl-, Firnis- und Leigfarben. Xaver Schön, Aarau, Schweiz. Ang. 14. 8. 13.

Angemeldete Patente: Nr. 75b. K. 57 032. Verfahren zur Herstellung von ausgeprägten und geprägten Schriftzeichen oder Verzierungen. Fa. Gebr. Kammer, Dresden. Ang. 1. 12. 13.

Angemeldetes Schweizer Patent: Nr. 92. Nr. 64 083. Farbgefäß. Sch. Girsch Warmund, Bern, Schweiz. Ang. 8. 8. 13.

Fachliteratur.

Moderne Schriften. 16 Vorlagen Tafeln von G. Mohr. Verlag von Otto Maier, Ravensburg. Preis der Mappe M 2.

Die 16 Vorlagen Tafeln für Alphabete in Antiqua- und Frakturchrift bieten recht brauchbare Muster für Schriftzeichner und Schildermaler. Es sind moderne Schriften in kräftigem, künstlerischem Charakter, das individuelle Handschriftliche besonders betonend; dabei sind aber alle Ausartungen, die moderne Schriften gar zu leicht zeitigen, streng vermieden. Auch Schaufensterdekorateuren und Plakalmalern bietet die Mappe eine Fülle von Anregung, besonders wichtig sind für diese Berufe die famosen Kursivschriften, die verschiedene Tafeln zeigen.

Literarisches.

Die Berufskrankheiten der Maler, Anstreicher und Lackierer. Von Alb. Fleck. (Heft 89 der Arb.-Ges.-Bibl.) Im Anhang ist das vom Kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitete Wei-Merkblatt abgedruckt. Der Preis jedes Heftes beträgt 20 M . Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW 08.

„Lichtstrahlen“. Monatliches Bildungsorgan für den Arbeiter. Herausgegeben von Julian Vorchardt. Das Maiheft (Nr. 9) ist mit folgendem Inhalt erschienen: 1. Das Friedensfest. 2. Die Macht des Reichstages. Von Alexander Bloch. 3. Zum Kampf um den Achthundentag. 4. Ein Blick in den Zukunftsstaat. 5. Obstruktion. 6. Notizen. Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 10 M . Zu haben bei allen Kolporteurs der Partei- und Gewerkschaftspresse, in den Parteibuchhandlungen sowie beim Verlage Berlin-Dichterfeld 3, Hedwigstr. 1.

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. Auf Grund der Programme und Kongressbeschlüsse der Partei verständlich dargestellt von Eduard Bernstein.

Die Broschüre ist für jeden Parteigenossen wie für alle Wirtschaftspolitiker von größtem Interesse. Sie ist zum Preise von 1 M (Vereinsausgabe 80 M) durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Sterbetafel.

Berlin. (Bezirk NW.) Am 28. April starb der Kollege Paul Bock, geboren am 10. Mai 1850 in Freistadt Cassel. Am 18. April starb unser langjähriger Kollege Franz Laver Gy im Alter von 86 Jahren an chronischer Nierenentzündung. Darmstadt. Am 25. April starb nach langem, schwerem Leiden der Kollege Michael Lorenz im Alter von 88 Jahren an der Proletarierkrankheit. Dresden. Am 31. März wurde unser Kollege Alfred Zolche, 41 Jahre alt, in Berlin tot aufgefunden. — Am 28. April starb der Kollege Arthur Dörfling im Alter von 86 Jahren. **Ehre ihrem Andenken!**

Vereinstell.

Bekanntmachungen.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 8 Ziffer 1 des Verbandsstatuts der Maler J. Schulz durch die Filiale Wiesbaden. Der Verbandsvorstand.

Bericht der Hauptklasse vom 28. April bis 4. Mai.

Eingefandt wurden für die Hauptklasse: Landshut M. 149,84, Wittingen 780, Osnabrück 250, Detmold 3, Hamburg 2287,50, Naumburg 287,20, Bremen 1200, Ploheim 400.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, K = Kalender, E = Eintrittsmarken): Bremerhaven 1000 B K E , 2000 B K E , Coburg 200 B K E , 100 B K E , 100 B K E , Dessau 800 B K E , 400 B K E , 1200 B K E , Eisenberg 200 B K E , 100 B K E , 100 B K E , Frankfurt a. d. O. 200 B K E , 200 B K E , Greflitz 4 K , Halle 2000 B K E , 800 B K E , 2000 B K E , Hamburg 20 K , Lübeck 1200 B K E , 1200 B K E , 100 B K E , Magdeburg 2000 B K E , 2000 B K E , 800 B K E , 100 B K E , 105, 2000 B K E , 100 B K E , 150 E . Wiesbaden 1000 B K E .

Die Woche vom 10. bis 16. Mai ist die 19. Beitragswoche. **H. Weniger, Kassierer.**

Der Kollege **Arthur Mucks** wird er sucht, das der Zentralbibliothek Dresden gebührende Buch abzuliefern. Kollegen, die dessen Adresse wissen, werden gebeten, dieselbe an das Bureau der Maler, Dresden, Alsbenergstr. 6, 2. Et., gelangen zu lassen. [A 2]

Jüngere Malergehilfen bei dauernder Beschäftigung gesucht. **Rob. Becker, Verleberg.**

Euchtige Malergehilfen für dauernd gesucht. **Carl Hansen, Sonderburg, Verlebergstr. 32.**

Schreib-Gintell-Apparat, schnell und sicher. Preis 1,50. Zürich. Innerb. 20 Tagen. **E. Wickmann, Hamburg 22, Heilmannstr. 8.**

Viel Aergernis erspart sich jeder Maler b. Gebrauch von **Korns Spachtel-Schmutzfänger** D. R. P. 267 508.

Leichtes und schnelles Arbeiten beim Abstoßen alter Farbe an Decken u. Wänden. Fachmännisch bearbeitet. — Glänzend hegeputzt. Allen bisherigen Schmutzfängern überlegen! Preis Mk. 3,—. **M. Korn, Hamburg 6, Ludwigstr. 2, II.**

Die besten **Maler-Schabe** kaufen Sie bei **E. Götsch, Pantoffelfabrik, Braunschweig 2, Postpatet 10 Paar, 80 M .**

Sämtl. Farben u. Lacke, Schablonen

Porenrollen Paar M. 6,— und M. 5,—, Schwammrollen d. M. 3,—, Durchziehbüste „Practicus“ M. 5,—, Schreibezeuge 80 M bis 20,—, Intarfen usw. **Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19.**

Ein köstlicher Gedanke, wenig getragene Herrenkleider, vom feinsten Publikum stammend, für nachstehend billige Preise erhalten zu können.

- Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge von M. 12,— bis 40,—
- Frühjahrs- und Sommer-Überzieher von M. 6,— bis 40,—
- Gehrock- und Frack-Anzüge von M. 18,— bis 50,—
- Smoking-Anzüge von M. 22,— bis 50,—
- Einzelne Hosen oder Saccos von M. 3,— bis 12,—

Verlangen Sie sofort meinen illustrierten Preiskatalog Nr. 13 gratis und franko. Für nicht zuzugende Waren erhalten Sie anstandslos das Geld zurück.

Spezial-Versandhaus für Herrenkleider vom besten Publikum stammend **L. Spielmann** München, Gärtnerplatz 1 u. 2. Telefon 2464. — Telegr.-Adresse: Spielmann, München, Gärtnerplatz.

Teilzahlung!! Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldstecher, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Koffer usw. Kataloge gratis und franko liefern. **Jonass & Co., Berlin A. 44, Belle-Alliancestr. 3.**

Umsonst geben, das geht nicht, aber für 1 M . 15. Gehnabe halt umsonst, erhalten Sie je ein Satz Greiger und Berliner Delikatessen, Rinds- und Fischbaarmarktpaste, Öl- und Leberfette, je einen Dachsweizer Schläger, Mobler (2^{er} Br.), eine Tischplatte, ein Wert f. Innenträume od. Schrift. b. **G. Job, Fürberg 5, Zeitzgasse.**

Maler-Mäntel 110 120 130 cm lang M 3,— 3,20 3,40 **Sofen** M. 2,—, Drell-Jacken 2,25, D. Söfen 5,—, Wägen 4,—, Messel-Jacken 1,—, Oberweiten bitten anzugeben. **D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, 1. Et.**

Stuckfabrik W. Mühleisen Hesselental, Würzburg. Moderne Muster. Kataloge franko.

Maler-Mäntel erprobte Qualitäten, bequemer Sitz. Qual. III M. 2,60, II M. 2,75, I M. 3,—, Messel-Jacken M. 1,75, Messelhose M. 1,75. Glatte Mäntel ohne Falten M. 3,50, 4, 4,5. Als Maß erbitte sog. Militärgröße. **Julius Hammerschlag** Halle a. d. S. 8, Gr. Ulrichstr. 3.

Filiale Frankfurt a. M. Unser **Arbeitsnachweis** befindet sich im Verbandsbureau **Allerheiligenstr. 51, 3. Et., Zimmer 35, Gewerkschaftshaus.** Die Arbeitsvermittlung erfolgt vormittags von 11 bis 12 Uhr. Zureisende Kollegen werden ersucht, den Arbeitsnachweis zu benutzen und das Umschauen zu unterlassen. [A 6] **Die Filialverwaltung.**

Filiale München. Der **Arbeitsnachweis** befindet sich in den Geschäftsräumen der **Filiale Gewerkschaftshaus, Pestalozzi-Str. 40/44, III., Zimmer 73.** Vermittlung vormittags von 10 bis 11 Uhr, nachmittags von 5 bis 6 Uhr (Sonnabends bis 7 Uhr). Der Arbeitgebernachweis ist streng zu meiden, da die Arbeitgeber es strikte ablehnen, im Anschluss an die Stadt München einen paritätischen Nachweis zu errichten. Ebenso werden die Kollegen ersucht, das Umschauen zu unterlassen. [A 8] **Die Filialverwaltung.**

Filiale Stettin. Der **paritätische Arbeitsnachweis** für das Maler- und Lackierergewerbe in Stettin befindet sich **Frauenstraße 31 (altes Rathaus).** Geöffnet: Werktags von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr. Die Aufgabe der Arbeit erfolgt nur morgens von 7 bis 9 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr. Die bisherigen Arbeitsnachweise, der ungarische Verband und der der Malerinnung, sind geschlossen. Wir ersuchen alle Kollegen, den Nachweis zu benutzen und das Umschauen zu unterlassen. [A 9, 10] **Die Filialverwaltung.**

Die große **Fachzeitschriftenschau** auf der **Buchgewerblichen Welt-Ausstellung** Leipzig 1914, Mai-Oktober bringt zum Anhang den **Vereins-Anzeiger**

M. NEUBERG BREMEN **Arbeiter- u. Berufskleidung** für alle Gewerbe- u. Industriezweige. Prompter Versand nach auswärts. **Maler-Mäntel** weitberähmt in Sitz, Haltbarkeit u. Schönheit. Direkter Versand an jedermann ab Fabrik. Lassen Sie sich meine Preisliste kommen. **Emil Hohlheidt, Spez.-Fabr. f. Berufs-Bekl., Braunschweig, Ritterstr. 7/4.**

Delgemälde auf Leinen, gespannt auf Eisenrahmen in künstlerischer Ausführung, als Geisland-schaften, Seestücke, Schweizer Gebirgslandschaften, Waldsüdzug usw. Größe 28 : 51 nur M. 3,—, 47 : 68 M. 4,—, 64 : 88 M. 5,75. Gegenstände dazu pro Bild M. 1,— billiger. Jeder verlangt gratis illust. Prospekt. **Albert Kutzscher, Söben (Hild.).**

101 Vorlagen (19 : 13 cm): Ornamente, Figuren, Blumen, Landschaften usw. nebst vollständiger Anleitung zum Zeichnen und Malen, praktisch zum Selbstunterricht, M. 3,25.

Die Holz- und Marmoraleerei, 2. Aufl. (14 : 22 cm), zur prakt. Ausführung und zum Selbstunterricht. 148 Seiten nebst 71 Holz- und Marmorabzügen M. 4,75.

36 Tafeln (23 : 15 cm): moderne Stillleben, Plakat- und Firmenschriften nach den neuesten Formen, einfach, verziert und mehrfarbig, M. 3,66.

Die Firmen- u. Glasbildmaleerei, 2. Aufl. (23 : 15 cm), 38 Seiten nebst vielen Mustern und ausführl. Anleitung M. 2,10. — Voreinsendung oder Nachnahme.

Georg Diekhaut, Fachverlag, Frankfurt a. M., Tauhausstr. 25.